

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: für jeden Millimeter Höhe der 4gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 4.

Berlin, 26. Januar 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: 3. Pf. Fortschritte und Bemerkungen. / 2. 28. Reich oder Staatsrat? / 2. 29. Danzig - Beitrittsmodus des Reiches. - Die Abgabe der Danziger Provinz / 2. 30. Der Weltmarkt. 2. 31. Weltmarkt, wir kämpfen aber auch mit Reich. / 2. 32. Der politische Weltmarkt nach London. - Prof. Witzgall über die neue Politik nach Polen. - Abschwärzer Berlin-Potsdam-Berlin. / 2. 33. Schönen über Europa. - Beiträge: Freie und politische Freiheit. / 2. 34. Der politische Weltmarkt in Polen. / 2. 35. Einmal-Wörter. / 2. 36. Der Arbeit des B.D.O. / 2. 37. Sonder.

Fortschritte und Bemerkungen.

Am 17. Mai v. J. hielt Adolf Hitler vor dem Reichstag seine große Rede über den Frieden: „Neben mir mit grenzenloser Liebe und Ersee auf unserem Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte der anderen Völker aus dieser tiefen Gelinnung heraus und möchten aus tiefem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben.“ Und am 24. Oktober eröffnete der Führer mit einer Rede in der Berliner Sportplatz den Wahlkampf zum 12. November: „Wir wollen den Frieden, wir wollen die Verständigung, wir wollen aber auch unsere Ehre und unser gleiches Recht.“ In diesen Sätzen sind Mittel und Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik auf ihre knappsten Formen gebracht: Die Liebe zum eigenen Volkstum schließt in sich die Achtung vor der Eigenart anderer Nationen. Es gibt noch St. Germain und Versailles keine Frage, die bei rückhaltloser Offenheit und kluger Mäßigung nicht auf dem Wege friedlicher Vereinbarung gelöst werden könnte. Das deutsche Volk ist bereit, für die Sicherung des Friedens seine Opfer zu bringen. Aber es hält an zwei Voraussetzungen mit unerbittlicher Zähigkeit fest: an der Wahrung seiner Ehre als Volk und an der Anerkennung seiner Gleichberechtigung auf militärischem Gebiet.

Ihren bemerkenswerten Vorstoß hat die von diesen Grundätzen geleitete Außenpolitik des Nationalsozialismus nach Osten gemacht, also in ein Gebiet, wo eine Entspannung und Annäherung allen Deutschen des Ganzen Systems am schwierigsten zu verwirklichen schien. Und dennoch, wie vor einigen Monaten noch im Osten die Verhältnisse lagen: Die Grenzziehung des Versailles Diktates hatte zu einer massiven Verhinderung der Beziehungen zwischen den beiden Völkern geführt. Seit Jahren berichte ich ständig verärgelter Goll- und Saubelskrieg zwischen Deutschland und Polen. Als Adolf Hitler vor einem Jahre die Führung der deutschen Politik übernahm, war „die Welt“ davon überzeugt, am Vorabend eines neuen vernichtenden Krieges zu stehen, der von dem durch Grenzen und Leidenhöfen zerfallenen Osten ausgehen würde. In einer sonderbaren Vermittlung der Geister erstarrten damals, in den ersten Monaten nach der Machtergreifung durch Hitler, dieselben Leute, die im Schutze einer der größten Armeen, vor den Konkattropfen und Holzkammern der Reichswehr erbeben, das drohende Verhängnis zu kommen, indem sie mit Messern und Säulen-Latten über die Angehörigen der deutschen Minderheit ihres Landes herfielen. Mit einer peinlich wirkenden Stillekeit folgten alle, auch die preisgekrönten Antifemiten in Polen der jüdischen Parole zum Boykott deutscher Waren. Und die Presse aller Schattierungen sorgte vergebens um Worte, um ihren „Abbruch“ oder der heimlichen Barbarei der Hitlerleute“ um Ausdruck zu bringen. „Pörsenfröckig und internationaler Handelsboykott gegen das germanische Deutschland waren in aller Öffentlichkeit erzwungene Offenheit, und mit neu erworbener Bewußtlosigkeit bildeten die patriotischen Offiziersmänner auf das verlockend verheißene Danzig. So war es damals.

Was: vergleiche damit die gegenwärtige Lage: Die polnische Regierung hat sich, indem sie direkte Verhandlungen mit Deutschland anknüpfte, bis zu einem gewissen Grade von der französischen Einkreisungspolitik distanziert. Danzig ist zu einem Schrittwort des Friedens geworden. Auf handelspolitischem Gebiete sind wenigstens in einigen Kreislagen schon deutsch-polnische Vereinbarungen zustande gekommen, und man ruft sich damit, daß es in absehbarer Zeit auch gelingen wird, dem langwierigen Handelskrieg durch den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens ein Ende zu machen. Der Boykott deutscher Waren in Polen ist im wesentlichen zusammengebrochen. Die Weltung über den Umformung in

Deutschland ist im allgemeinen einer ruhigeren Beurteilung gewichen. Man gewinnt sich auch in Polen allmählich, wenn auch zögernd und zum Teil sogar widerwillig daran, in Nationalsozialismus die aufbauenden Kräfte zu sehen. Die akute Gefahr für den Frieden, die damals im Osten bestand, ist heute beseitigt. Das ist angesichts der außenpolitischen Selbsteinsicht, in der sich Deutschland während des ersten Jahres der nationalsozialistischen Herrschaft befand und noch heute befindet, ein unumstößlicher Gewinn.

Allerdings darf man eines nicht übersehen: Nur die akute Gefahr, nicht aber die Gefahr überhaupt ist beseitigt. Denn der Frieden ist nicht von den Regierungen allein, sondern nur von den Regierungen in Gemeinschaft mit ihren Vätern zu sichern. In Deutschland, wo es einen Zweckpunkt zwischen Volk und Regierung nicht gibt, hat sich die Umstellung der öffentlichen Meinung von der Ablehnung zur Bewohung eines gutnachbarlichen Verhältnisses zu Polen mit überstürzender Schnelligkeit, man kann sagen: mit erschütternder Exaktheit vollzogen. Aber wie sieht es in Polen? Wenn die Warschauer Regierung sich zu einer Politik des Friedens gegenüber Deutschland entschlossen und das hemmende Mißtrauen und die beherrschende Angst überwinden hat, so fragt es sich immer noch, ob auch die polnische Öffentlichkeit ihr auf diesem Wege zu folgen bereit ist und über ein ähnliches Selbstvertrauen im außenpolitischen Auftreten verfügt. Es ist durchaus nicht so sicher, ob die polnische Regierung aus einer Probe, wie sie der Nationalsozialismus vor einem Vierteljahre bestanden hat, als Sieger hervorgeht würde. Es ist klar, daß durch diese Unklarheit immer wieder das Maß des Vertrauens, das man dem außenpolitischen Handeln der Warschauer Regierung entgegenzubringen bereit ist, herabgedrückt wird, trotzdem man weiß, daß jede Reiarung sehr wohl in der Lage ist, auch ohne die Zustimmung der Öffentlichkeit ihres Landes zu handeln, und daß die fast mythische Person des Marschalls Piłsudski bei einem großen Teil des polnischen Volkes ein nahezu unbegrenztes Vertrauen genießt.

Das nicht allein. Man muß sich auch fragen, ob die polnische Regierung selbst ihre Versöhnungspolitik Deutschland gegenüber wirklich ehrlich und aufrichtig meint. Es gibt leider Erfahrungen genug, die geeignet erscheinen, hier Zweifel zu wecken. Die Haltung der polnischen Presse, und zwar nicht nur der oppositionellen, sondern auch der regierungsfreundlichen Wäiter, ist oft nicht dazu angetan, der polnischen Öffentlichkeit den Wunsch nach einer Verständigung mit Deutschland zu übermitteln und sie von der Zweckmäßigkeit einer solchen Verständigung zu überzeugen. Was sich z. B. das größte polnische Blatt der Krakauer „Kurjer“ im Januar 1933, ein in hoher Ansehen, auch heute noch an. Aus allem gegen Deutschland herausnimmt, das unterscheidet sich weder im Ton noch in der Sache von dem, was man von diesem Blatt in den Seiten der „offiziellen Segenschrift“ zwischen Berlin und Warschau gemohnt war. Vor allem gibt es zu denken, daß sich seit dem 3. Mai, also seit dem Beginn der deutsch-polnischen Verständigungsaktion, in der polnischen Einstellung zu den deutschen Volksgruppen in Polen bis heute kaum etwas geändert hat, daß z. B. ein in hoher Ansehen, mit der Wojewode Grajancki, es heute noch unternehmen kann, sich öffentlich zu einer verächtlichen Verleumdung seiner Entdeutschungsmaßnahmen in der ostoberschlesischen Industrie zu bekennen, oder daß es ein regierungsfreundliches Blatt, wie die „Gazeta Poranna“ in Lemberg für zugehörig hält, die Auslösung sämtlicher deutscher Schulen Südpolen, die größtenteils seit 150 Jahre unbean-

handt bestehen, zu fordern, ohne daß die polnische Regierung, die mit Deutschland freundschaftliche Verbindungen führt und die doch unmöglich über derartige Vorgänge nicht unterrichtet sein kann, von diesem heterogenen Treiben und von dieser offenen Friedenslabotage abbrückt. Hier tritt ein bedauerliches Mißverhältnis zwischen dem außenpolitischen Auftreten und dem innenpolitischen Verhalten zutage. In Warschau wird man bestreiten, daß das kein gutes Zeugnis auf die Verbindungsbeziehungen mit Ost und daß der deutsche Teil in die Pflicht, die man auf internationallichem Gebiete bezieht, auch endlich einmal dazu zu benutzen, um die inneren Saboteure einer friedlichen Außenpolitik zum Schweigen zu bringen.

Und noch eines sei hier erwähnt: Aus der Einstellung mancher polnischer Blätter läßt sich entnehmen, daß sie sich über die Beweggründe des nationalsozialistischen Friedenswillens noch sehr im Unklaren sind. Es leuchtet ihnen anscheinend nicht ein, daß sich ein Staat, der doch here jene Verhältnisse in einem derartigen Zusammenhangem und in einem solchen Grad politischer Abhängigkeit beizubehalten kann, wie es das neue Deutschland im vergangenen Jahre getan hat. Anstatt sich nun an dem deutschen Verhalten, das ja keineswegs einem Gefühl der Schwäche, sondern dem Bewußtsein, dem allgemeinen Frieden zu dienen, entspringt, ein Beispiel zu nehmen, fallen die polnischen Blätter die Mißgunst des deutschen Partners gleichsam als eine Einladung zur Anmeldung immer neuer und oft geradezu beleidigender Zumutungen auf. Ein solches Beispiel hierfür bietet die schon erwähnte deutschfeindliche und dabei regierungsfreundliche Krakauer Zeit in einem Artikel, in dem es die Abberufung des Doniger Gouletters der NSDAP, Albert Forster, verlangt, mit der Begründung, Forster löse die Entwidlung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen und rufe im Korridor durch seine nationalsozialistische Propaganda eine haatsfeindliche Stimmung hervor.

Es ist ziemlich gleichgültig, ob man eine bewusste Böswilligkeit oder einen bewußtlosen Mangel an Anteiligkeit als Ursache solcher gegen die Verhängung gerichteter Störungsvorwürfe annehmen will. Auch

Unmüde ist, auf verantwortlichen Posten gestellt, zu Vorbrechen. Deutschland wird sich durch derartige Erfolge erlauben, in seinem Friedenswillen nicht lähmen und von seinem Vorhaben, auch die gefährlichsten Streitfragen durch freundschaftliche Vereinbarung aus dem Wege zu räumen, nicht abbringen lassen. Sein Wille, die Freiheit des Volkes nicht durch den Appell an die Gewalt, sondern durch die friedliche Arbeit am inneren Aufbau für alle Zukunft zu sichern, steht unerschütterlich fest. Aber es ist nicht, die Würde des Volkes zu verletzen, das sich durch sein Werk auf polnischer Seite immer wieder erheben. Ein Volk, das die lärmende Friedenslabotage des Krakauer „Kurier“ und ähnlicher Blätter sowie des Wojewoden Grayzki und ähnlicher Leute; Sie bringen Deutschland täglich neu zum Bewußtsein, ein nie schwächerer Partner. Polen in Wirklichkeit ist. Sie sind für die deutsche Öffentlichkeit eine täglich erneuerte Warnung, nicht allzu vertrauensvoll zu sein. Nicht um den Frieden mit Polen zu hintertrieben, sondern um sich über die Schwierigkeiten der „Bermittlung“ im Korridor zu sein, werden in der deutschen Presse die Enttäuschungen und Seitenprügele, die sich Zeitungen und Menschen in Polen noch leisten, gemessenhaft registriert. Man hat in Deutschland Verständnis dafür, daß eine öffentliche Meinung, die Zurechtet bin durch in Fuß und Selbstloß erogen und deren ganzes Denken auf eine grundgößliche Ablehnung alles Deutschen abgesehen war, nicht in wenigen Wochen und Monaten von grundaus umlernen kann. Man weiß in Deutschland den Ernst und die Zielortung der „Mittel“ in Polen zu sehen, die es in letzter Zeit auf sich genommen haben, in der Öffentlichkeit ihres Landes um Verständnis für Deutschland zu werben und für die moralische Abstrüfung zu wirken, die damals, als sie von einem polnischen Außenminister in Sent zur Debatte gestellt wurde, noch nichts anderes war als eine propagandistische Chelbe und ein rhetorisches Mittel. Man ist in Deutschland bereit, jeden Fortschritt der moralischen Abstrüfung in der öffentlichen Meinung Polens freimütig anzuerkennen. Bisher war leider noch nicht in dem maßnehmerten Maße Gelegenheit hierzu vorhanden.

Dr. Kriebel.

Beck oder Grayzki?

Es hätte nicht recht nach einer Besichtigung durch den Wojewoden Grayzki beurtelt — die Lesenden sprechen ohnehin deutlich genug dafür, daß Kattowitz eine „Polak“ betreibt, die in die Hände der deutschen Regierung übergeben werden sollte. Die polnische Regierung hat sich im Schließlichen Seim mit einer die Vorstauer Regierung geradezu kompromittierenden Offenheit zur Fortsetzung seiner bisherigen Politik einer systematischen Entsendung der Wojewodenschaft bekannt. Er werde, sagte er, für die „Stärkung des polnischen Kapitals“ in der Industrie und für die stärkere Veranschaulichung polnischer qualifizierter Kräfte in den Oberberleichen sorgen. „Stärkung des polnischen Kapitals“ man die Erhöhung der Löhne und die Jobs, das hat nichts anderes als verschleierte Diebstahl bedeutet; und ebenso ist bekannt, daß polnische Kräfte nur dann in der oberberleichen Industrie untergebracht werden können, wenn vorher deutsche Direktoren wegen angeblicher „Verfehlungen“ ins Gefängnis gesteckt und deutsche Angestellte und Arbeiter brotlos gemacht worden sind — wegen „haatsfeindlicher Meinungen“, die sich besonders darin äußert, daß ihre Arbeiter eine deutsche Schule besuchen. Wenn der Wojewode von der „Stärkung des polnischen Einfusses“ spricht, so ist das, nach seinem bisherigen Auftreten zu urteilen, nur eine andere Bezeichnung für die gewalttätige Entsendung.

Grayzki hat in seiner Semrede durchblicken lassen, daß er nicht nur in der Industrie seine „Säuberungsaktion“ fortzuführen, sondern auch an eine entsprechend großzügige Entsendung der sächlichen Grundbesitzer in Oberberleichen angedenkt. Er hat angegeben, daß die sächlichen Grundbesitzer 205 000 Hektar in den Händen von 275 000 Besitzern, während sich die restlichen 195 000 Hektar auf 76 000 Kleinbauern verteilen. „Vieles Unrecht hat nach der Meinung des Galiziers „widerungemacht“ werden. Nun sind den Polen durch das Genfer Oberberleichenabkommen bis zum Jahre 1937 über die Hände bis zu einem gewissen Grade gebunden; durch das Abkommen wird der deutsche Vandalismus vor der Liquidation, wie sie in den anderen ehemals preußischen Gebieten Polens durchgeführt wurde, vorerst gestoppt. Die polnische Presse beklagt sich schon seit längerer Zeit über die internationale Behinderung der Grayzki'schen „Kampfbühne“. In letzter Zeit hat sich die Agitation für eine vorzeitige Aufgekündigung des Genfer Abkommens seit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde merklich erhärtet. Immerhin hat der Wojewode auch schon im Rahmen der Konvention sein Möglichstes zur Schwächung des deutschen Grundbesitzes getan; und er hat in seiner Semrede ausdrücklich versichert, daß er die „Verwirklichung“ seiner „Säuberungsaktion“ erhebt. Er würde weiter fortsetzen, wenn er nicht so sehr auf sich selbst, daß dort, wo ein deutscher Besitzer durch behördlichen Druck oder durch bewußt von polnischer Seite geförderter Schwierigkeiten zur „Veräußerung“ gezwungen wird, das aufgeteilte Land niemals an Deutsche, sondern ausschließlich an Polen aufgeteilt wird, so daß nahezu jede „Veräußerung“ in Oberberleichen eine Verringerung des deutschen ländlichen Besitzstandes bedeutet.

Mit großer Offenbarkeit hat sich Grayzki auch über die beachtlichste weitere „Verstellung“ des deutschen Schulwesens in seiner Wojewodenschaft geäußert. Den Deutschen soll nach seinen Worten in der ganzen Wojewodenschaft nur ein einziges staatlich-hochschulmäßig, und zwar in Biala, vorhanden sein. Man denkt, daß er der den „Polen der Wojewodenschaft 23 staatliche Gymnasien jubiliant will und daß das deutsche Element dort immer noch ein Viertel der Bevölkerung ausmacht und im Durchschnitt auf einem höheren Kulturniveau als die polnische Bevölkerung steht, dann kann man sich eine gute Vorstellung von der verächtlichen „polnischen Volkslämcke“ auf minderhochschullichem Gebiete machen. In anderen ehemaligen Abteilungsgebieten soll es nach der Ansicht des Kattowitzer „Polen“ nur ein einziges staatliches Gymnasium mit deutscher Unterrichtsprache geben. Nur in dem ehemals österreichischen Teil der Wojewodenschaft, in Biala, wo die Deutschen mehr als die Hälfte der Bevölkerung zählen, soll ihnen das Gymnasium bleiben — allerdings nicht ohne daß einige deutsche Lehrkräfte durch nationalpolnische ersetzt worden sind.

Mit besonderer Schärfe gegen die Grayzki'sche in letzter Zeit gegen die Stimme des Deutschen Volksbewußtsems. Von den über 50 Seimen wurden bisher 26 polnisiert geschlossen. In der Regel, weil sie angeblich, von den hauptpolnischen „Beschriften“ nicht entporen“ oder weil ihr Vorhandensein „die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet“. Vor allem diese letztere Begründung ist charakteristisch für die Arbeitsmethoden des Kattowitzer Wojewoden. Man erinnert sich noch, wie vor einiger Zeit in den verschiedensten Orten die dort erst kurz vor kurzem größtenteils polnischbuntheime von den Romanischen „Polen“ in „Kaufmannsbesitzungen“ übergeben worden, demoliert und beschlagnahmt wurden. Also, so lautet die Logik der Grayzki'schen, seien die Seime eine Gefahr für die Ruhe und Ordnung in dem sonst so friedlichen Lande und es sei Pflicht der die öffentliche Sicherheit besorgten „Behörden, die Volksgerichte über diesen schändlichen Einrichtungen des „Hilfstrassenverbandes“ zu löschen. Die friedliche Bevölkerung, so heißt es in der polnischen Schreibe weiter, würde sich durch die Seime des Deutschen Volksbewußtsems und würden, wenn ihnen während des Winters von den hinterlistigen Söldenoten des Hilfstrassenverbandes gemanipuliert. Worin besteht nun diese „Provokation“? Der Deutsche Volksbund hat die Seime errichtet, um dem Deutschland namentlich der kleineren Orte Räume für gesellige Zusammenkünfte, für kulturelle Veranstaltungen, Musik-, Les- und Vortragsabende zu geben. Während des Winters erhalten die Seime noch ihre „höhere“ Bedeutung dadurch, daß sie den ärmlen Volksgehülften, den Arbeitslosen, eine warme Unterdecke und, wenn die Mittel hierzu reichen, auch ein warmes Essen bieten. Sie sind also ausschließlich dazu bestimmt, kulturellen und sozialen Zwecken zu dienen. Die Schließung der Volksbuntheime ist nicht nur politisch völlig unbegründet, sondern auch sozial unverantwortlich. Der Deutsche Volksbund hat sich mit einer Völschwerde an den Innenminister Diercki gewandt.

Danzig — Schriftmacher des Friedens.

Der Danziger Senatspräsident Dr. Kaufmänn hat sich am 18. Januar in Genf vor den Vertretern der ausländischen Presse über die besonderen außen- und innenpolitischen Probleme Danzigs geäußert. Seine Ausführungen verdienen die höchste Beachtung nicht nur, weil sie ein neues einseitiges Bekenntnis zum Frieden enthalten, sondern auch, weil sie erkennen lassen, daß der Nationalsozialismus, der in Danzig eine europäische Schlüsselstellung besitzt, sich einer großen, in die Zukunft reichenden Aufgabe bemußt ist. Die wichtigsten Stellen des außenpolitischen Teils der Kaufmännischen Rede seien hier nachstehend wiedergegeben:

„Als Mitte des vergangenen Jahres der Nationalsozialismus in Danzig die Regierung übernahm, war eine Lage geschaffen, die erneut zu einer gewaltvollen Lösung zu drängen schien. Die Öffentlichkeit weiß heute, daß es im Laufe des vergangenen Jahres wiederholt hart am Rande einer solchen gewaltvollen Lösung vorbeiging. Inzwischen aber hat sich das völlig geändert: Die Tugabe einer Weltanschauung nationaler Disziplin und Opferbereitschaft wurden zu Schrittmachern eines internationalen Friedens, einer offenen Verständigung.“

Dr. Kaufmänn weist dann auf einige der wesentlichen Schwierigkeiten hin, die für eine Verständigung zwischen Danzig und Polen bestehen; sie verweist er unter anderem auf die ökonomischen Fragen. Hier sind zwei Häfen, wenige Kilometer voneinander entfernt. Der eine, der in Danzig liegt, ist einer der dreihundert alten Tradition. Ihm wurde die Rolle zugeschrieben, der offene Zugang zum Meere eines anderen Volkes und Staates zu sein. Der andere, Gdingen, ein mit amerikanischen Energie und Schnelle aus dem Nichts geschaffener neuer Umschlagshafen, der die volle Produktion eines glänzend aufstrebenden Staates und eines lebensfähigsten nationalen Denkens und höchstentwickeltesten Volkens genießt.

Die einzige Möglichkeit aus diesen unauflösbar erscheinenden Schwierigkeiten herauszukommen, liegt sich mit rückhaltloser Offenheit über alle, auch die unangenehmsten Probleme zu unterhalten und sich mit derselben Rückhaltlosigkeit zu einer friedlichen „Politik zu bekennen. Danzig habe für den Frieden Opfer ge-

bracht. „Ich sage dies mit aller Offenheit: Es ist und war für uns ein Verzicht, wenn wir eine Politik der Verständigung suchten, in der mir Anprüche aufgaben — wie wir glauben, möglicherweise und geradezu einleitbare —, wenn wir auf die Position verzichteten, die uns nach den Verträge von Versailles als große Handelsmacht in Aussicht gestellt worden war. Es ist ein Verzicht, im Interesse des europäischen Friedens die Laubbäume vom Rechtsstandpunkt der Aufgabensicht der Existenz abzufinden und eine Regelung in der Praxis zu suchen.“

„Die Geschichte“, fuhr Dr. Kaufmänn fort, „hat ein deutliches Danzig sich jahrhundertlang in Union mit Polen erhalten. Die modernen Methoden der wirtschaftlichen und nationalen Auseinandersetzungen lebten im Augenblick nicht die gleichen Möglichkeiten zu bieten, aber es ließ sich wohl denken, daß über dem freien Bekenntnis zur eigenen Nation und ihrem unantastbaren Schatz sich das Feld zu großem Zusammenfluß ganz allgemein öffnete. Ansätze bearbeiteten wir bei allen Gruppen von Staaten. Es mag nicht an der Zeit sein, sich jetzt darüber programmatisch zu äußern, aber eines ist sicher, daß die nationalen Räume der europäischen Staaten zu klein sind, um eine dauernde Harmonie in der eigenen Isolierung zu finden. Der einzig richtige und unabwendbare Entwicklung, die das Wesen unserer Danziger Lösung rechtfertigt und ihm eine symptomatische Bedeutung gibt. Drückt sich die Einheit in den Abmachungen vom August und September vorigen Jahres über eine gewisse Arbeitsteilung im Danziger und Gdingener Hafen und einen weitgehenden Minderheitenfluß gefühlt, und sie wird demnach in Verhandlungen über die Vereinheitlichung des Danzig-polnischen Wirtschaftsgabes wieder. Aber das Größere, Grundwünschliche ist, daß hier eine Kooperation anstatt einer Konkurrenz gesucht und als möglich befunden wurde, welche es erlaubt, unlösbare Probleme lösen zu wollen, die sich vielfach auf höherer Ebene und selbst erzieligen lassen.“

Die Frage der Danziger Verfassung.

Man hatte erwartet, daß die Forderung des Führers der Danziger Bewegung eine Änderung der Verfassung beantragen würde. Sie hat einen solchen Antrag bisher nicht gestellt. Doch sie eine Verfassungsreform aber noch wie vor für notwendig hält und zu einem späteren Zeitpunkt auch in Genf zu beantragen gedenkt, geht aus den Erklärungen hervor. Die Senatspräsident Dr. Kaufmänn am 18. Januar vor den Vertretern der ausländischen Presse abgegeben hat, daß die „Friede und Brot für alle“ der Arbeiter, die sie bedrängen den doppelten Frieden der Städte und Klassen eines Volkes und der Völker zueinander. Alles andere ist zweitrangig. Was bedeutet diesen Aufgaben gegenüber, wenn man sie mit Erfolg löst, der Anspruch von Parteien, die sich überlebt haben? Immerhin sind wir in Danzig vorübergehend mit anderen Parteien eine Koalition eingegangen, obwohl wir uns vornehmlich die absolute Mehrheit hatten.

Wir haben die anderen Parteien nicht äußerlich überwinden, sondern sie verfallen vor sich durch unsere Erziehungswirkung. Wir haben die sozialistischen Elemente, Führer ohne Erfolg, die Kritiker ohne Ziel und Verurteilung, sie haben keine Existenzberechtigung, denn all dies, was gegeben ist; die Befriedung und Arbeitsbeschaffung, die Überwindung des Klassenkampfes und die Befestigung eines jüdischen Nationalitätenkampfes, alles dies war und ist nicht möglich ohne eine starke Autorität der Regierung. Wir sind nicht die ersten in der Geschichte, die dies bekennen. Aber man mag diese Autorität des Führers nicht ablehnen, die in Danzig mit allen Gefahren einer leicht einbringenden Agitation und inneren Zerlegung soll staatsbürgerliche Treue nach dem Wunsch mehr als bedeutend mit Sühneligkeit sein. Als man unserer nationalsozialistischen Regierung in Danzig nicht mehr nachhaken konnte, daß sie den Frieden der Welt fördern wollte, vornehmlich man unsere berechtigten Forderungen zum Schutze der Ruhe und Sicherheit und zur Aufrechterhaltung des Friedens als blutrünstige Agitation, welche jede, auch der liberalen Staat heute für unvermeidlich hält, wurden als Verträge gegen eine vom Völkerbund garantierte Verfassung gebrannt.

„Eine harte Zeit verlangt auch harte Gesetze. Unserer Friedfertigkeit ist nicht die eines Pazifismus aus dem Glauben an die absolute Güte des Menschen, sondern die einer tief realen Einschätzung der gegenwärtigen menschlichen Schwächen. Verfassungen können geändert werden, jedoch kann sie unter bestimmten Umständen nicht sein. Sie sind mit der Schöpfung der Ausdruck der Entwicklungsstufe eines Volkes und daher in lebendiger Fortentwicklung; und diese unterliegt der autonomen Willensbildung des Volkes und seines Staates. Wenn wir jetzt nicht in dieser Richtung zu voranschreiten beabsichtigen, so deshalb, weil wir Ruhe und Stabilität der Verhältnisse als erstes Erfordernis unserer schweren Tage betrachten.“

„Man erwartete, daß es zu einem offenen Konflikt zwischen dem Danziger Senat und der schwarz-roten Opposition in Danzig gekommen; das Zentrumorgan, die „Danziger Anzeigerzeitung“, und das Marxistenblatt, die „Danziger Volksstimme“, hatten in ausfälliger Weise an der Personalpolitik des Senates herankritisiert und schließlich gegen den Senat den Vorwurf der Verfassungsbrüche erhoben. Als die Regierung daraufhin die beiden Blätter für die Dauer von einer Woche verboten hatte, boten die hier betroffenen Verleger, ohne die Entscheidung des Senats auf ihre Beschwerde abzuwarten, ohne also den vorgeschriebenen Rechtsweg erschöpft zu haben, mit einer Klage an den Kommissar des Völkerbundes gemoht. Der Senat hatte sich, um diesem Erbein ein Ende zu machen, gezwungen gesehen, die Unterzeichner der Völkerbundsbeschwerden in Schutzhaft zu nehmen. Jetzt hat sich der Völkerbundsrat mit dieser Frage befaßt. Der englische Außenminister Sir Simon hat als Berichterstatter des Rates für Danzig erklärt, daß er den Senat durch die Verfügungsbote und die Umhüllung der schwarz-roten Subjekte die vom Völkerbund garantierte Verfassung des Freistaates verletzt habe, am 18. Januar Stellung genommen. Da die beiden Blätter nach Ablauf der Verbotsfrist wieder erscheinen, die Innenzeit verhängte Schutzhaft wieder aufgehoben ist und überdies einer der Beschwerdeführer seine Unterfertigung aus freien Stücken bereits zurückgezogen hat, hat für den Rest der Sache nichts mehr vorzuliegen, sich mit den Einzelheiten der Angelegenheit zu befassen. Die Danziger Regierung hat sich, daß das Petitionsrecht der Danziger Staatsangehörigen nicht geschmälert werden dürfe, daß aber die Völkerbundsanktionen verpflichtend sein, vor der Behandlung einer Petition zu prüfen, ob die Petenten den vorgeschriebenen Rechtsweg eingehalten haben; die Pressefreiheit gelte auch in Danzig nur im Rahmen der bestehenden Gesetze.“

Senatspräsident Dr. Kaufmänn konnte in seiner Erwiderung auf den Bericht des englischen Außenministers erklären, daß sich die Danziger Regierung, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, bei allen Maßnahmen der Selbsterhaltung und Verarmung im Rahmen der Verfassung halten werde und daß das Petitionsrecht der Danziger Staatsangehörigen nach wie vor unangetastet bleibe. Das Ergebnis ist also: Der Senat hat die Verfassung nicht verletzt. Der Versuch des schwarz-roten Klages, den Völkerbund gegen die nationalsozialistische Regierung zu mobilisieren, ist im wesentlichen gescheitert. Zentrum und Marxisten haben keinen Trost für ihre rechtsfeindliche Feste erhalten. Sie haben nur das formale Recht, sich über den Abbau ihrer volksfeindlichen Vörsenherlichkeit vor einer ausländischen Instanz zu beklagen; sie müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß es letzten Endes doch allein von der nationalsozialistischen Regierung abhängt, was mit ihnen geschieht.

Der Fall Pant.

Der Zusammenstoß der deutschen Parteien in Oberösterreich, der vor einigen Monaten mit so günstigen Aussichten in Angriff genommen wurde, ist noch immer nicht zustandbekommen. Das lebendige Bewußtsein der Volksgemeinschaft, das in allen Schichten der deutschen Bevölkerung Oberösterreichs ein so geistige Erbgut und das persönliche Geltungsbedürfnis der alten Partei- und Verbandsbürokratie noch nicht überwinden. Die Auseinandersetzungen zwischen der „Deutschen Partei“ und der „Jugenddeutschen Partei“, die beide die alleinige Führung des gesamten Deutschums für sich beanspruchen, haben noch immer nicht zu einer Klärung geführt. Die alten oberösterreichischen Zentrumsführer hatten verstanden, daß die alten oberösterreichischen Volkspartei, indem sie die „Jugenddeutschen“ umfassen und zusammenfaßt hat, durch Einigung und Überwindung der alten Parteimethoden strebende Deutschum zu machen; man kann wohl sagen, daß sich dieser Versuch als eine verfehlte Spekulation herausgestellt hat. Unter dem Eindruck der geistigen Wandlung, die sich nach dem Siege der nationalsozialistischen Bewegung im Reich auch innerhalb des oberösterreichischen Deutschums vollzogen hat, hat sich das Organ der „Deutschen Katholiken“ (seit „Christlichen“ Volkspartei), der „Oberösterreichische Kurier“ in Königsdorf, unter Ausbeutung seines ungeliebten, anmerkwürdigen, aus dem patriotischen Fahrwasser gelöst. Der Hauptvertreter des alten orthodox-kerikalischen Kuriers, Senator Dr. Pant, ist nicht nur dem Deutschen Volksbund abgegangener worden, sondern in zunehmendem Maße auch in den Reihen seiner eigenen Partei auf wachsende Widerstände gestoßen.

Auf Dr. Pant scheinen die Polen ihre größte Hoffnung zu setzen. Von ihm erwarten sie, daß er seinen — allerdings stark verengerten — Einfluß auf die katholischen Deutschen Oberösterreichs aufbringen wird, um ein Zusammengehen der Deutschen Volksgemeinschaft zu hinterstreifen. Von ihm erwarten sie, daß er mit den alten kerikalischen Parteien, im Rahmen der Kirche und zum Nutzen der Polen, die deutsche Zentralmacht erhält. In einer aufsehenerregenden Rede hat das Organ des Wojewoden Strajnski, die „Poliska Sachownia“ am 10. Januar über eine Rede berichtet, die Dr. Pant am 6. Januar auf einer in Kattowitz abgehaltenen Delegiertenversammlung der „Christlichen Volkspartei“ gehalten hat. Es ist zu bemerken, daß dieses polnische Blatt natürlich kein Interesse daran hat, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Volkspartei zu mildern und zu versöhnen. Man ist nun vornehmlich also geneigt, an dem, was nach dem Bericht des Blattes in der Rede von Strajnski ausgesprochen worden hat, einige Abstriche zu machen. Man kann es schwer glauben, daß ein Mann, der für sich den Titel eines deutschen Volkstumsführers beansprucht, in einer derartig ausfallenden Weise gegen die deutsche Freiheitsbewegung aufzutreten sein soll, wie es die „Poliska Sachownia“ eingehend schildert. Das Blatt schreibt u. a.: „Unerbötlich scharf kritisierte der Redner Dr. Pant die jetzige deutsche Regierung. Er erklärte, daß sie eine gottlose Regierung sei, die alles, was ihr im Wege gefanden habe, mit brutalen Mitteln zuwege gebracht habe. Herr Dr. Pant sieht voraus, daß diese Regierung nicht von langer Dauer sein werde, weil man Gott verzeihen habe und in eine Art Heidentum oder heidnischen Christentum verfallen sei.“ Wiederholt hebt die „Poliska Sachownia“ weiter hervor, daß Pant in seiner Rede mit großer Schärfe von dem Gedanken einer deutschen Volksgemeinschaft (einer „Dhofra, die in Deutschland leben modern geworden sei“) abgetrenkt sei. Gegen die deutsche Jugend, die sich zu anderer Mitarbeit und Gemeinshaft mit den Deutschen Schicksal haben, er den Vorwurf erhoben, daß sie sich bisher nur durch die Zerrümmung wertvollen Porzellans und durch die Inanspruchnahme des Staatsanwaltes herozogen habe. Von dem Volksbundeheimen soll Dr. Pant in ironischem Ton gesagt haben, „man habe sie in verschiedenen Cöchern des Kreises „Plech“ errichtet, von denen man bislang noch nicht gehört habe, daß es dort Deutsche gebe“; und ein anderer Redner soll die Kreise als „wunde Beulen“ bezeichnet haben, in denen „die unüberlegte „Ausschlacht“ von einer „unerhörten Sireiheit und Gemeinshaft befallenen“ Hiltelichen Jugend“ angefaßt werde. Die Führer der anderen Parteien soll Pant als Materialisten, „die eine Futterkrippepolitik betreiben“, hingestellt haben. In der Tätigkeit der Deutschumsorganisationen soll Pant — immer nach dem Bericht des Strajnski-Blattes — eine fortgesetzte Provokation des polnischen Volkes erblicken. Aber kein Volk, so soll er gesagt haben, könne hilflos herausgefordert werden, „so wenigstens von einer nationalen Minderheit, von der ein großer Teil nur von der Döchtig gegenüber dem Staatsfeinde in der Eile des Verzweins jedoch noch anders denke und nicht mehr die Zeit abwarten könne, da der dieselben Zustände wie im Reich einträten“. Schließlich soll sich Dr. Pant auch über jene — übrigens auch sonst schon bekannte — Abficht geäußert haben, eine neue, im rein kerikalischen Sinne geleitete Zeitung zu gründen, die als Organ der „Christlichen Volkspartei“ dienen soll, nachdem der „Oberösterreichische Kurier“ von der Politik der huren Zentrumsleute abgerückt ist. Auf die Frage nach Ziel und Tendenz seines neuen Blattes, hat Pant noch erklärt, daß es „eine einheitliche Zusammenarbeit zwischen den Polen und der deutschen Minderheit ermöglichen solle“; sie solle die Polen davon überzeugen, „daß der Teil der deutschen Minderheit, der in der deutsch-christlichen Partei organisiert sei, auf

dem Boden der Tatsachen stehe... und daß die Partei mit Zentralisation und Nationalsozialismus nichts zu tun habe“. Die „Poliska Sachownia“ findet am Schluß ihres Berichtes einige verächtlich herliche Worte für Dr. Pant; er muß, so sagt sie, „in der letzten Zeit offenbar viel durchgemacht, erlebt und nachgedacht haben, wenn er sich zu einer klaren Beurteilung des bisherigen deflationären Arbeitsjahren des Volksbundes entschloß“.

Somit der Bericht des polnischen Blattes! Die Analyse, die Dr. Pant diesem Berichte zufolge gegen Deutschland und die deutsche Volkspartei Oberösterreichs gerichtet haben soll, sind so ungeheuerlich, daß die deutschen Minder in Kattowitz und Königsdorf mit Recht von Dr. Pant eine persönliche Stellungnahme verlangten. Pant hat mit dieser von ihm verlangten Erklärung ziemlich lange gezögert. Verschiedene deutsche Zeitungen haben sich an ihn mit dem Anerbieten gemeldet, eine Erklärung von ihm in ihren Spalten zu bringen. Dr. Pant machte von diesem Angebot keinen Gebrauch. Und auch als er am 10. Januar gelegentlich der Saatsratsdebatte im Schlesischen Senat auf die Sache zu sprechen kam, weigerte er sich, eine grundsätzliche Erklärung zu geben. Es war, nebenbei bemerkt, das erstmal, daß ein deutscher Abgeordneter die Senntribüne dazu benutzte, nicht um sich mit den Gegnern auf polnischer Seite, sondern mit einem Teil der deutschen Volkspartei auseinanderzusetzen. Dr. Pant hat im Sem im wesentlichen Folgendes über seine Auffassung von den Verhältnissen innerhalb der deutschen Volkspartei gesagt: Innerhalb der deutschen Minderheit seien in den letzten Monaten verschiedene nicht gerade erfreuliche Erscheinungenutage getreten, die im Interesse der Minderheit selbst einer Klärung bedürften“. Er habe seit jeder den Standpunkt vertreten, „daß die Minderheit sich von jedem äußeren Einfluß freihalten muß, daß sie ihr Eigenleben selbständig nach ihren Bedürfnissen in formen und gestalten soll“ (also auch ohne geistige Verbundenheit mit dem Mutterland). Aus der Lage, in der sich die deutsche Volkspartei befinde, ergebe sich die Notwendigkeit sowohl einer Veränderung mit dem Verhalten des Staates, in dem sie lebe, wie mit dem Volke, mit dem sie lebe. Die Verwirklichung ihrer Rechte, auf die sie nicht verzichten könne, habe die deutsche Minderheit durch Stillnahme mit den polnischen Behörden zu suchen. Eine Besserung der Verhältnisse könne nur durch eine Entgültigung der Atmosphäre und durch eine Verwirklichung christlicher Sittengrundlagen erfolgen. Die deutsche Minderheit habe die Brücke zwischen den beiden Völkern zu bilden.

Die Gedanken, die Dr. Pant hier entwickelt hat, sind, weiß Gott, alles andere als neu. Wenn er von dem Willen spricht, mit dem polnischen Staatsvolke in gutem Einvernehmen zu leben, so hat er damit nur das wiederholt, was für alle deutschen Kreise in Polen ein glatte Selbstverständlichkeit, weil eine allgemein anerkannte Notwendigkeit ist. Dr. Pant, so schreibt die „Kattowitzer Zeitung“ mit Recht, bezieht weder das Monopol für christliche Gemeinschaften, noch für politische Verantwortungsabemünfteln, noch für Sozialität gegenüber dem Staate.

Weiter führte Dr. Pant in seiner Rede dann u. a. aus: Es sei selbstverständlich nicht richtig, daß er eine Regierung (er habe überhaupt von keiner bestimmten Regierung gesprochen) als gottlos oder heidnisch bezeichnet habe, und daß er dieser oder jener Regierung den baldigen Untergang vorausgesagt habe. Die Innenpolitik im Deutschen Reich habe die Deutschen in Polen nichts an. Er habe aber selbstverständlich über die Verhältnisse innerhalb der oberösterreichischen deutschen Volkspartei gesprochen. „Hierbei“, so sagte er, „habe ich eine deutsche und auch polnischlandene Untercheidung ge-

Wer einen Einblick in Geschichte und

Wesensart des deutschen Ostens erhalten

will, besuche die große Ostausstellung in

Berlin, Lothringer Straße 1

Nähe
Hortl.-Westf.-plaz

Die Ausstellung ist täglich von 10—12 Uhr (auch Sonntags) geöffnet.
Eintritt nur 0,20 M.

Störungen werden nach vorheriger Vereinbarung entschuldigt.
(Zentral: Weidemann 9730/31). Für Mitte jeder des ODD ist bei Besuch der Ausstellung selbstverständliche Pflicht.

macht zwischen dem Falschen, die auf veramtortungslosigen Parteiorganisationen basieren, und solchen Falschen, die in guten Glauben gemacht werden. „Ich habe betont“, so fuhr er dann fort, „daß für unsere Partei die christliche Lehre nicht ein Saisonartikel, sondern das Alpha und Omega unserer Politik war, ist und bleiben wird.“ (Das Volkstum spielt für Dr. Pant wohl eine untergeordnete Rolle.) Er habe es meier als verfehlt bezeichnet, „daß in kleinen Ortsteilen, in denen deutsche Völkchen leben, die sich nicht in der Erscheinung getreten in den Reihen des Volksbundes Heime errichtet werden.“ (Dr. Pant spricht den deutschen Organisationen also das Recht ab, das in manden Völkerteilen geschmiedete deutsche Leben zu neuer Kraft zu erwecken; er hält es für abwegig, dem besonders bedrohten Volkstum in der Diaspora durch Heime usw. kräftigende Stützpunkte zu geben; er will also, daß dieses verstreute Volkstum der gewöhnlich vorgetragenen „Polioisierung“ unterliege.) Dr. Pant betonte weiter die Abkehr der Vorgänge eines neuen Organs; dieses soll ab 1. Februar d. J. erscheinen. Der von der deutschen Presse nach Veröffentlichung des Berichtes in der „Polska Zgodnina“ von ihm verlangte eindeutigen Stellungnahme, ging Dr. Pant in seiner Rede bemüht aus dem Wege: „Ich lasse mich nicht durch Pressefessionationen zu öffentlichen Erklärungen zwingen, die leicht gezeugt sein können, neue Mitteilungen nach und nach zu erschaffen.“ Damit hat Dr. Pant zu erkennen gegeben, daß es in dem christlichen und demokratischen Partipolitik etwas zu verheimlichen gibt. Wenn eine Erklärung von seiner Seite nach seinen eigenen Worten zu neuen Mitteilungen führen könnte, dann kann man nur annehmen, daß er eine Politik verfolgt, die es an Eindeutigkeit mangelt, der man also weder auf deutscher noch auf polnischer Seite Vertrauen entgegenzubringen vermag.

Dr. Pant will, wie es heißt, keine ausführliche Stellungnahme aus dem 1. Februar veröffentlichen; an diesem Tage soll die erste Nummer seiner neuen Zeitung erscheinen. Als sicher kann gelten — und das geht ja auch schon aus früheren Ereignissen hervor — daß Dr. Pant den von obderberischen Volkstum vertretenden Gedanken einer „Föderation und Rundfunk“ überbrückenden Volksgemeinschaft ablehnt, und daß er in klarer Verfechtung in Opposition zur nationalsozialistischen Weltanschauung vertritt. Es fragt sich nur, wie weiter in dieser Opposition zu gehen bedeutet, wie weit er gegebenenfalls auf volksbewußte Völkchen zu verschieben bereit ist im Interesse vermeintlicher katholischer Notwendigkeiten. Vorläufig muß man sich mit der Feststellung begnügen, daß der „Poli Pant“, den ein offenes und rasches Abbrücken von dem Bericht der „Polska Zgodnina“ sehr leicht hätte aus der Welt schaffen können, die Tage der deutschen

Volksgänge in Obderberischen nicht unbedeutend erschwert. Denn die deutschfeindlichen polnischen Stellen lehnen den Bericht der „Polska Zgodnina“, der die erwähnten Angriffe auf den Deutschen Volksbund und die Volksbundesbewegung enthält, natürlich als „Rechtfertigung“ ihrer Vernichtungspolitik gegen die Volksorganisations des obderberischen Volkstums ins Feld.

Es hat keinen Zweck, den „Poli Pant“ als ein bedeutliches Zeichen im Leben des obderberischen Volkstums mit Stillschweigen zu übergehen. Andererseits ist es aber auch nicht notwendig, ihn allzu wichtig zu nehmen. Weniger das obderberische Volkstum als Dr. Pant befindet sich in einer Vertrauenskrise. Während das obderberische Volkstum den neuen Organen folgt, ist Dr. Pant zu einem Unerwarteten geworden. Das obderberische Volkstum meint sich, ohne — im Sinne der Kirche — Schaden an seiner Seele zu nehmen, mit dem gelassenen Untinkt eines durch Not und Leid gegangenen Volkes von den Vertretern einer antiquierten Anschauung ab, die Religion oder vielmehr: Konfession und Politik miteinander vermengt. Die deutsche Freiheitsbewegung pflegt ihre Gegner nicht dadurch zu schlagen, daß sie sie persönlich vernichtet, sondern dadurch, daß sie ihnen durch die Werbestärke einer glaubensstarken Idee ihre Erfolgshoffnung nimmt, dadurch daß sie ihnen durch die Überzeugungskraft aufbauender Leistung den Boden im Volke entzieht. Auch Dr. Pant wird diesem Erfolg nicht entgehen.

Ein Feststellung zum „Poli Pant“ ist noch zu machen: Genuy allgemein und somit auch für Obderberischen ist von den reichsdeutschen Amts- und Parteistellen eine organisatorische Verbindung zu den volksdeutschen Gruppen im Ausland abgelehnt worden. Es gibt keine irgendwie organisatorisch erstarkten Ableger der NSDAP, unter den Staatsbürgern deutschen Volkstums in nicht-deutschen Staaten. Es wird von reichsdeutschen Amts- und Parteistellen keine nationalsozialistische Propaganda unter den Grenz- und Auslandsdeutschen getrieben. Aber das ist doch klar: daß all die Deutschen dranset und gerade bei uns, die wir in Deutschland verfolgt werden, mit tiefer innerer Anteilnahme dem Aufstieg des Mutterlandes im Zeichen des Nationalsozialismus verfolgen, daß sie den Wunsch haben, von der geistigen Erneuerung, die das Volk im Reich in seiner Gesamtheit erlebt und durchdringt, nicht ausgeschlossen zu bleiben. Das ist doch ein ganz selbstverständlicher Wunsch. Dieses Mitstreben ist nicht an das übergrifflige reichsdeutsche Organisations im Ausland gebunden. Eine Weltanschauung voll gehaltener Kraft, wie der Nationalsozialismus, muß an den willkürlich gezogenen Grenzen von 1919 nicht halt, als weniger dort, wo, wie im oberberischen Grundgebiet, unzulässige Fäden des wirtschaftlichen und persönlichen Lebens von der einen Seite der Grenze zur anderen gehen. Wenn selbst nichtdeutsche Völker zum Gedankengut des Nationalsozialismus ergreifen werden, wie soll man verhindern, daß dieses Gedankengut Eingang findet bei denen, die eines Stammes und eines Geistes sind mit jenen Schöpfern?

„Mit Adolf Hitler kämpfen wir fürs Reich.“

Ein Jung nationalsozialistischer Regierung liegt hinter uns. Als Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 nach 14jährigem Kämpfen die Macht übernahm, prophezeiten ihm seine marxistisch en

Männer mit einer fast an ein Wunder gemahnenden Ausdauer und Entkraft geleistet haben. Wer hätte es um Welt noch vor einem Jahre für möglich gehalten, daß — wie es am 1. Mai 1933 geschah — eine Million schaffender deutscher Handarbeiter in Berlin mit Stolz und Strenge zum nationalen Sozialismus bekannten, sie, die jahrelang nichts anderes konnten, als Haß und Verhöhnung, als Klassenkampf und Selbstzerstörung. Sollte man nicht jetzt die wertvollsten Gedanken, die noch vor Jahresfrist erklärt hätte: Am 1. Oktober 1933 wird ein ganzes Volk, zum gleich, welchen Schichten und Ständen es angehört, die gegenständige Arbeit des deutschen Bauern preisen und ehren? Was noch nie ein deutscher Künstler oder Staatsmann erreicht hat, die Verbundenheit aller deutschen Stämme und Kreise zu schaffen, — der „einfache“ Arbeiter und der unbekannteste Soldat des Weltkrieges Adolf Hitler hat es vollbracht. Sehen wir, wobei wir wollen, ob das die Wirtschaft ist oder die Politik, die Arbeit oder die Kunst, alles läuft auf ein Ziel hinaus, mündet in einen großen Strom: Deutschland!

An Adolf Hitler.

Aus Bauernblut wuchs Dein Geschlecht,
Das ist der Ursprung aller Kraft.
Ob Die auch Sturm ins Amtlich schlug,
Die Saat hielt festgepackt den Pfing.
Den wästen Acker brachst Du auf
Und streutest gutes Samen drun.
Kun jetzt gilt schon das erste Grün.
Wald wird es in den Feldern blühn.
Acht auf den Feind, daß er aus neu
Nicht wieder lüchlich Unkraut freu.
Gott, den der Bauer recht begreift,
Bringt Du, die Deine Saat greift.
Acht Du, den Ernteleute beim.
So wiew auch Du gelegnet sein!

Hans von Selgenhauer,
Steglich, Schloßstr. 50. 1.

Wenn in den vergangenen Jahren, uns längst als böser Traum erscheinenden Jahren des Winter Systems eine Regierung ein Jahr lang und dem deutschen Untertanen in langen Völkchenmengen weltläufig auseinanderzuleiten, wie loszuziehen und erfolgreichend er — misgrüßig worden sei. Dem Nationalsozialisten liegt es nicht, viel Aufhebens von dem zu machen, was er geschaffen hat, weil er weiß, daß er damit nur seine Pflicht für sein Volk getan hat. Das Jahr 1933 wird jedem Deutschen, der es mitlerbeiden durfte, stets als ein Jahr der zielbewußten nationalsozialistischen Reinigungs- und Aufbauarbeit in Erinnerung bleiben, einer Politik, die Adolf Hitler und seine

wie den 1. Mai, den 1. Oktober wie den 12. November brachte, war ein Jahr des Sieges. Keinem anderen als Adolf Hitler gilt das Gelübnis der Erde und der unbedingten Weiterarbeit für unser Volk und Vaterland. Nicht seiner Gedanken königliches Schwanken — uns öffnet das Tor zur Freiheit allein der kernige Spruch: Allen Seemalten zum Erub sich erhalten! Immer werden wir uns vor Augen halten, daß es für aller unser Lan und Handeln, für aller unser Streben und Leben nur einen Weltzweck geben kann: Rimmer sich bringen, kraftig und liebig zeigen! Das ist unsere Partei und nach einem Jahr nationalsozialistischer Regierung: Stürmen wir jetzt! Der Kampf geht weiter! Alles für Deutschland! Hoff Kub.

Der polnische Kohlenvorstoß nach London.

Das erste Erscheinen polnischer Kohle auf dem Londoner Markt hat in England allgemeines Aufsehen erregt. Die Stimmung in den englischen Bergbaukreisen ist äußerst gereizt. Die polnische „Preße verlost demgegenüber die Sache so hinzustellen, als ob angefangen der geringen Menge polnischer Kohle, die nach London gebracht worden ist, von einer polnischen Kohlenkolonialn nach England noch gar keine Notiz sein könnte. Andererseits geht aber aus dem „Kurjer Poranny“ einem der Warschauer Regierung nahe stehenden Blatt, ziemlich deutlich hervor, daß Polen mit seinem Vorstoß auf den Londoner Kohlenmarkt, so unbedeutend er mengenmäßig auch sein mag, eine ganz bestimmte Absicht verfolgt hat. Die polnische Kohlenindustrie, schreibt das Warschauer Blatt, hätte schon oft Gelegenheit gehabt, sich auf dem englischen Markt festzusetzen; nur aus Vorkaufsgründen habe sie stets davon Abstand genommen. England, das Kohlelieferant eines der stärksten, könne daher der polnischen Kohlenindustrie keinen Vorwurf daraus machen, daß sie ihre Ware billiger verkauft, der nach ihr verlangt. Doch die polnische Kohle billiger je als die englische, sei schließlich nicht polnische Schuld (?Verkaufspreis). Nach dieser etwas ironischen Verbeugung vor dem englischen Wirtschaftsliberalismus rückt der „Kurjer Poranny“ mit der Absicht heraus, die „Polen mit seinem Einbruch in den innerenengischen Kohlenabsatz verlorst hat“ als „Verstoß auf den“ zu bezeichnen. Es sei klar, daß es nicht klein zu machen ist, daß die englische Öffentlichkeit durch diesen Vorstoß belehrt, wie notwendig eine Kohlenverhandlung mit Polen ist, die den Exportinteressen beider Staaten dienen würde, damit der gegenwärtige Konkurrenzkampf auf dem englischen Absatzmarkt beendet werden könnte. Demnach beginnt zwischen Polen und England Wirtschaftsverhandlungen, die dazu benutzt werden könnten, um die Kohlenfrage zu beipreisen, die einen internationalen Kohlenverhandlung vorzubereiten.

Um also die englischen Kohlenindustriellen und Regierungsstellen bei den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen unter Druck zu setzen, hat man ihnen die polnischen Wünsche in Gestalt von polnischer Kohle gleichsam vor die Türen geschoben. Es fragt sich nur, ob diese Demonstration in den englischen Wirtschaftskreisen den gewünschten Erfolg erzielt wird. Möglichstversteht wird auch der gerade Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielt. Für England kann der polnische Kohleneinbruch eine dringende Mahnung sein, sich und sein Weltreich vor der Konkurrenz eines Landes, das seinen Export mit Hungerlöhnen, Verfallspreisen und allerlei Subventionen fortsetzt, durch wirksame Maßnahmen gegenstandslos durch Vorstoß zu setzen. Und andererseits kann England aus dem polnischen Vorstoß auch die Versicherung nehmen, daß es nicht möglich ist, die Länder, in denen die englische Kohle gegen die billigere polnische den Wettbewerb aufnehmen muß, also vor allem die nördlichen Länder, durch einen systematisch ausgebauten Kompensationshandel noch fester als bisher an sich zu binden.

Genaß ist jedenfalls hat sich die englische Regierung sofort energig gegen den ersten Einbruch polnischer Kohle gemehrt. Sie hat die Verhandlung der Kohlenfrage abgelehnt und der Firma, die die Kohle verkauft hat, die Aufforderung gegeben lassen, den Lieferungsvertrag rückgängig zu machen oder die Kohle irgendwo im Ausland abzuliefern. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat die Londoner Regierung weiter eine energische Untersuchung dieses Vorstoß angeordnet. Für England handelt es sich hier um eine Preisfrage. Und in diesen Punkten löst das alte handelslose Alibi nicht so leicht zu sich finden. Polen hat sich mit seinem Londoner Kohlenvorstoß schließlich neue Freunde in England erworben.

Prof. Birzyska über seine Reisen nach Polen.

Einiges Aufsehen hatte die kürzlich erfolgte Polnereise des Vorsitzenden des litauischen Verbandes zur Befreiung Wilnas, des Professors Birzyska, erregt. Prof. Birzyska hat sich nach seiner Rückkehr aus Polen, wo er sich etwa einen Monat aufgehalten hat und u. a. auch mit Marshall Piłsudski eine Unterredung gehabt haben soll, im „Cietuosošs Aidas“, dem Konnoer Regierungsblatt, über seine polnische Reise geäußert. Er sagte die Polen und er müßte den Frieden mit ihnen, aber er werde niemals dem polnischen Imperialismus angeschlossen, „aber nicht nur die Litauer, sondern auch die Wehrtruppen und Ukrainer verlorst“. Die Voraussetzung für eine Verständigung zwischen Litauen und Polen sei die Rückgabe Wilnas. Litauen denke nicht daran, nach einer Rückgabe Wilnas, die Polen von dort zu vertreiben. „Die Polen“, sagt Prof. Birzyska, „die von Iher dort anständig waren, werden dort bleiben können, aber die Polen“, die erst während der Zeit der Besetzung nach Wilna gekommen sind, die werden im Wilnagesbiet kein Tätigkeitsfeld mehr finden.“ Prof. Birzyska verlorst daran, er sei während seines Aufenthalts in Polen allen politischen Gesprächen aus dem Wege gegangen. (V) Er habe auch keinen polnischen Pressevertreter eine Unterredung gehabt; und dem Vertreter des Krakauer „Jukunftromang Kurjer Coddziny“ habe er das erbetene Interview sogar mit dem Bemerkung verweigert, daß er es ablehnen müsse, sich mit dem Vertreter einer Zeitung, die u. a. auch die Verurteilung des weißen Litauen und dem Verband zur Befreiung Wilnas angriffe, zu unterhalten. Überall sei er in Polen auf die Bereitwilligkeit gestoßen, mit Litauen Frieden zu schließen. Aber er habe auch überall feststellen müssen, daß kein Pole auch nur daran denkt, um des Friedens willen Litauen willen Wilna wieder herauszugeben. Nach den Worten Birzyskas scheint in Polen eine markante Unterscheidung zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Litauen zu bestehen. Soll kein Mensch in Polen jedoch sich daran zu erinnern, daß einen Tag, nachdem in Smolaki ein Hofsteinfallung zustande gekommen war, Wilna von den Truppen Jeligonks überfallen und bestetzt und der Litauer geraubt worden ist. Die Polen, sagt Prof. Birzyska, münderten sich genöhslich darüber, daß die Litauer die Anknüpfung normaler Beziehungen mit Polen ablehnen. Und wenn man ihnen sage, daß solche Beziehungen nicht aufgenommen werden könnten, solange sie nicht zurückgegeben werde, nach Litauen zu gehen, Bruch des Vertrages von Smolaki auf betrügerische Weise entziffen worden sei, dann zeige die Mehrzahl der Polen ein ungebeutes Erstaunen und frage ganz naiv und verblüfft: „Was für ein Vertrag soll das denn sein?“ Man sieht also, daß die Polen u. der Wintrafte mit demselben abstellbaren Gedächtnis zu operieren pflegen, das auch ihre Haltung in den deutsch-polnischen Streit charakterisiert. Was die Unterredung mit dem polnischen polnische Reise gelagert hat, mocht nicht den Eindruck, als ob es ihm gelungen sei, in Polen Entgegenkommen für die litauischen Wintrafterorderungen zu finden.

Die Ergebnislosigkeit der Polnereise Birzyskas wird durch eine Rede gleichfalls bestätigt, die der litauische Außenminister Dr. Jankowski kürzlich gehalten hat. Er hat über den bekannten Plan einer Restrukturierung der baltischen Staaten u. a. erklärt hat. Litauen habe sich zu dieser ganzen Angelegenheit offiziell nicht geäußert, denn die für Litauen so bedeutungsvolle Wintrafterfrage finde dabei keineswegs ihre Lösung. Litauen wäre zu jedem Entgegenkommen Litauen gegenüber bereit, jedoch nur unter der Bedingung, daß Polen Wilna und das Winnagesbiet an Litauen zurückgibt.

Flugverkehr Berlin — Posen — Warschau.

Am 16. Januar hatten in Warschau deutsch-polnische Verhandlungen über den schon seit langer Zeit auf beiden Seiten als dringendes Bedürfnis empfundenen Luftverkehrsverbindungen zwischen den beiden Staaten begonnen. Schon nach wenigen Tagen, am 21. Januar, wurde eine Vereinbarung über den Luftverkehr unterzeichnet. Das Abkommen, das in Kraft tritt, wenn es von dem deutschen Luftfahrtminister Göring und dem polnischen Verkehrsmittelminister unterzeichnet wird, betrifft den gemeinsamen Posenluftverkehr zwischen dem Deutschen Reich und Polen. Es erlegt das zuletzt am 1. September d. J. zwischen deutsch-polnischen Luftfahrtabkommen von 1921, indem die bisherigen Vereinbarungen über die Überfliegung von Gebietsfeldern des anderen Staates beibehalten werden. Wesentlich ist aber darüber hinaus die Einrichtung eines beide Staaten verbindenden Luftverkehrs. Denn bisher gab es keinen Luftverkehr zwischen deutschen und polnischen Flugplätzen. Als erste deutsch-polnische Luftverkehrslinie soll voraussichtlich vom Mai an eine Linie Berlin—Warschau mit Zwischenlandungen in Polen eingerichtet werden. Der Betrieb dieser Linie soll gemeinsam von der Deutschen Luft-

hanse und der Polnischen Luftverkehrs-gesellschaft C. O. S. durchgeführt werden. Das Abkommen ist zunächst auf 5 Jahre abgeschlossen. Es ist falls nicht ein Jahr vorher Ablauf ein Geltungsdauer gekündigt wird, sich automatisch um weitere fünf Jahre verlängert.

Um Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Vereinbarungen gewinnen besondere Bedeutung die Bemühungen, den Luftverkehr von Polen aus auch nach anderer Richtung auszubehnen. Es wird nämlich seit einigen Wochen zwischen der polnischen und der russischen Regierung über die Schaffung neuer fliegender Linien zwischen Warschau und Moskau verhandelt. Falls diese Linie zustande kommt und der Betrieb in Einklang mit der Linie Berlin—Warschau gebracht wird, wird auf diese Weise eine neue große europäische Querverbindung von Westen nach Osten geschaffen. Die Flugdauer für die Linie Berlin—Warschau ist auf rund 5 Stunden berechnet, die für Warschau—Moskau auf annähernd 6 Stunden. Von sonstigen Plänen der polnischen Luftverkehrsgesellschaft für 1934 wird mitgeteilt, daß die Absicht besteht die Fluglinie Warschau—Lemberg zu errichten. In Verbindung mit der französischen Fluggesellschaft Sibma nach Stambul und Saloniki sowie vielleicht auch nach Kleinasien zu verlängern.

Besuch die Ostausstellung! Täglich geöffnet 10-20 Uhr. Eintritt 0.20 RM.

„Schatten über Europa.“

Unter diesen Titel wurde kürzlich in London ein von der französischen Filmgesellschaft Pathé hergestellter Film uraufgeführt, der die Frage behandelt: Ist der Korridor deutsch oder polnisch? Schon den Inhalt des Filmes veröffentlichte die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ einen Bericht ihres Londoner Korrespondenten, dem wir einige für die deutschfeindlichen Tendenzen besonders bedeutsame Stellen entnehmen.

Da ist eine Szene: Der Bürgermeister von „Koran“ (Chorn) zeigt den französischen Gästen sibirische Gebirgszüge, die an den Ca erinnern, da die Bevölkerung der alten Stadt das „Joch der Ordensritter“ abwarf. Er zeigt den für alle polnische Auslandspropaganda unentbehrlichen deutschen Selbsthatsparolen des Jahres 18, 16, und 17. Jahrbuchdrucks: „Der Korridor war polnisch damals, Majuska.“

Doch der deutsche Kranzträger kehrt durch den Korridor hindurch oder erhebt sich, das ist nach dem Film nur eine bedeutungslose Erfindung der Deutschen: Aufnahmen in Schneebühnen und Dörfern zeigen deutsche Reisende an geöffneten Fenstern, deutsche Soldaten beim Plündern deutscher Güterwagen. Sie zeigen Soldaten auf dem polnischen Wehrturm, einen Offizier und ein paar Gemeine. „Das ist doch wohl polnisches Militär, nicht wahr?“ erkundigt sich der französische Kameramann beim Lokomotivführer. Und in elegantem Französisch antwortet es von der Lokomotive herab: „Mais non, monsieur, ce sont des soldats allemands, qui se rendent a la Prusse Orientale.“ (Richt doch, mein Herr, das sind deutsche Soldaten, die sich nach Ostpreußen begeben.) Es sind wirklich deutsche Uniformen.

Man merkt, was man aus Danzig gezeigt: Eine Reihe von Kobaltnahmen ein polnischer Wald, ein Reptilienbrunnen, ein Urtiklopfen und auf den Spielbänken einiger „unfähig“ vor die Kamera laufenden Kinder. Metallions polnischer Könige an Häuserfronten, „beweisen“ das polnische Charakter der Stadt. Neben dem Krantor finden sich über einem kleinen Cor drei Wappen: Preußens Adler, Ostpreußens Schild und die Danziger Krone. Und der Text dazu lautet: „Hier haben die Deutschen ein polnisches Wappen gewählt. Haben sie?“

Das ganze Spiel ist in Wirklichkeit mit den modernsten Vorrichtungen unter Aufwendung großer Mittel ausgestattet, ist durch einige Aufnahmen der alten Schwarzweiß-Premer in der Umgebung des Krantors vertreten. Sehr malerisch in der strahlenden Sonne, aber doch ein antiquierter

Gegensatz zu Sdgingen, das in meisterhafter Photo-graphie jetzt gezeigt wird. Koblenzschlag, Holzperleband, Dampfer an Dampfer. Hochhäuser stieben aus der Erde, mo gefahren nach Silberkanten landen: „Der größte und wichtigste Hafen der Ostsee, Silberrort.“

Einige Sdinger in Oljeu versichern dem Gästen aus Paris mit Hilfe eines Dolmetschers, daß die Deutschen wohl versichert hätten, sie während ihrer „Okkupation“ zu germanisieren, daß sie aber nie etwas anderes als Polen gemacht hätten. Überhaupt erlebt der Betrachter dieses Films nur Begeisterung, Glückseligkeit und Jauchzen der Bevölkerung, die dem einziehenden polnischen Regiment Blumen auf den Weg streut, trotz der polnischen Herrschaft ihre alten polnischen Gänge und Weiden nicht verlassen und in „Demokratie“ von allen Sorgen befreit hinter dem Flugzeug schreien: „Einem Korridor gibt es gar nicht. Das hat man den Silmlenten schon in Warschau gesagt, als sie aus dem Flugzeug kletterten und nach dem Korridor fragten. Den Abfluß des Flimes bildet die jährliche Weibe polnischer Kavallerieoffiziere im Meer und ein ergen den Abendmahl aufgenommenem polnischem Soldat, der auf Grenzstadt Reht.“

Die polnische Presse veröffentlichte natürlich begeisterte Berichte über den Film, der vor einiger Zeit in einem Pariser Kino uraufgeführt wurde, ohne dort jedoch den erhofften Anklang zu finden, und der nun auch, wie der „Dien Domorski“ mitteilte, in einem Bromberger Lichtspieltheater vor einem — wie in solchen Fällen üblich — erlesenen Publikum gezeigt worden ist. Dabei jedoch kein betrefsendes Kino ein polnisches Mißgeschick geschehen zu sein. Infolge eines Maschinenfehlers verlagte bei der Premiere die Synchronisierung, was für die Wirkung des Filmes nicht eben vorteilhaft gemessen sein mag. Der „Dien Domorski“ knüpft an diese betrübliche Mitteilung die geistreiche Frage, ob hier nicht etwa „eine Sabotage seitens der Fremde in einem Korridorlande“ vorliegt. Das polnische Blatt meint ganz ernsthaft, „es würde doch notwendig, die Angelegenheit eingehend zu untersuchen.“ Die Polen hat man doch wirklich kein Kreuz mit dem „Dien Domorski“ seit dem 1. Januar 1935 mit dem Namen gegeben. Und mit diesem Menschen läßt man in Srieden leben? Kommt gar nicht in Frage! Das ist doch wohl der Sinn der einfältigen Verdächtigungen die der „Dien Domorski“ hier gegen irgendwelche nicht näher bezeichneten deutschen Kreise ausspricht.

Baltische Presse und baltische Politik.

Die Wiederbegegnung der deutschen Nation hat das Dasein aller auslandbürtigen Volksguppen aufs nachhaltigste berührt und im größten Anstich jeder dieser Gruppen bleibende Spuren hinterlassen. Es hat überall in der volksdankbaren Zeitrechnung mit elementarer Gewalt eine Entscheidung eingeleitet, die zur Annahme des Gedankenkreises der deutschen Erneuerung führt und dadurch die Einheit aller deutschen Stämme in der Welt auf weltanschaulicher Ebene herstellt. Das zunächst nur das junge Geschlecht unter den Auslandsdeutschen von dieser Bewegung erfasst wurde, ist wohl naturgemäß begründet und ebenso, daß die Jugend der bisherigen, sich der neuen Zeit vorwegende Führung das Vertrauen kündigen und den eigenen Sühnungsanspruch anmelden mußte. Man hätte annehmen sollen, daß die auslanddeutsche Presse ihre völkische Aufgabe gerade in die Zukunft weisen konnte, indem der neuen Bewegung aufgreifen und sich in einem neuen Würde. Es ist dies nicht immer und nicht überall der Fall gewesen, leider nur zu oft ist diese Presse ein williges Werkzeug reaktionärer Bestrebungen geblieben.

Wenn man von der deutschbaltischen Tagespresse sprechen will, so sind es eigentlich nur zwei Zeitungen, die Beachtung verdienen: die hauptstädtischen deutschen Tagesblätter Veltlands und Estlands, die „Rigische Rundschau“ und die „Koolische Zeitung“. Die auf Grund ihrer Verbreitung und ihres Einflusses stets den Ansporn erheben haben, das Sprachrohr der deutschen Öffentlichkeit ihrer Heimatländer zu sein und die zeitliche Palting des öffentlichen Deutschland maßgebend widerzuspiegeln. Dieser Anspruch, der einst vollkommen zu Recht bestand, gerät jetzt immer mehr in ein bedeutungloses Mißverhältnis zur tatsächlichen Lage.

Die „Rigische Rundschau“ ist lange Jahre hindurch das Organ Dr. Paul Schiemanns gewesen, eines der unheilvollsten politischen Praktiker der baltischen Vorkriegszeit, in allen Dingen ein getreues Spiegelbild einigler binnendebattierter Sühnengruppen. Seinein deutschbaltischen Heimatgenossen gegenüber ist Schiemann mit der schmerzlichen Schuld behaftet, dem Einbruch liberaler, demokratischer Gedankengänge, allen guten baltischen Überlieferungen zum Trotz, ein Wegbereiter gewesen zu sein. Schiemanns Politik mußte nach innen zu einer Ausschöpfung und Zerstückelung des Baltentums führen und damit letzten Endes auch zu seinem Zusammenbruch, da ihre liberalistischen Ausgangspunkte in unauflösbarer Widerspruch zu dem Wesen standen, nach dem das Baltentum seinen Weg in die Geschichte angetreten hat. Zeitliche Haltung wurde immer mehr auch heute noch durch die in diesem ebt konjunktionalen Grundzüge bedingt, die zu dem gleichen Bauweisen deutscher Erneuerung gebören. Nach außen hin mußte der von Schiemann bestrittene Weg notwendigerweise zu einer allmählichen Auf-

lösung des Baltentums durch das volksmäßig vielfach überlagene und im Wesig der staatlichen Macht befindliche Estentum zu führen, da die völkische Widerstandskraft der Balten in der Rücksicht seiner Politik mangels einer tragenden Idee bald hätte erlahmen müssen.

Die von der „Koolischen Zeitung“ und ihrem Vorgänger, dem „Kooler Böten“, verfolgte Richtung — soweit von einer solchen angesichts der liberalistischen Grundhaltung überhaupt die Rede sein konnte — unterschied sich wenig von der des Rigauer Blattes. Allerdings muß eingeräumt werden, daß man sich in Koolonia so ganz und gar von allen guten Geistern der baltischen Vergangenheit freigeigelt hatte, wie das bei Dr. Schiemann und den Seinen der Fall war. Doch auch in Kool war man in den Jahren 1910 bis 1935 mit dem Namen verbunden, den politischen der Vorgänger in der Welt der weltanschaulichen Erneuerung des deutschen Menschen auch nur Gerüstigkeit miderfahren zu lassen, und die Berichterstattung über die Geschehnisse innerhalb der deutschen Grenzpfähle ließ eigentlich alles zu wünschen übrig.

So konnte es geschehen, daß die beiden größten baltischen Presseorgane in einem häufiglich sich überschneidenden Gegensatz zu ihrer Freizeit zu sein gerieten, die sie ambedeuten einer gleichbleibenden inhaltlichen Einseitigkeit ihren Heimatgenossen — die deutsche Nation mit inwärtiger Anteilnahme verfolgte. Je weiteren Kreisen des Heimatbüdnis für die Leitkräfte der deutschen Erhebung aufging, um so mehr begann das Baltentum in Stadt und Land der hinter beiden großen Zeitungen lebenden Führung die Erfolgshaft zu zerlegen. Man erkannte immer mehr, daß die innerpolitischen Richtlinien der alten Führung eine Schließung darstellten. Man begann einsehen, daß das Kernproblem einer jeden baltischen Heimatpolitik — die Verschönerung — die Verbindung mit dem Weltentum — bism. Estentum — auf dem bisherigen Wege parlamentarischer Zusammenarbeit auf dem Boden des abstrakten demokratischen Systems nicht gelöst werden konnte und nur im Anschluß an gleichzeitige junge nationale Kräfte im anderen Volkstum zu lösen war.

Es mußte im letztbaltischen Deutschland auf allergrößtes Verständnis stoßen, wenn in der „Rigischen Rundschau“ im Frühjahr 1935 nach einem Wdeltag in der Schließung ein erfruchtener Aufschwung in jeder Hinsicht eintrat und die Zeitung ihre Spalten einer Erörterung baltischer Erneuerungsprobleme ungenüßlich machte, die bisher fast ausschließlich oder baogelittelt worden waren. Leider war diese Wendung nicht von langer Dauer: nach einem normaligen Personalwechsel in der Zeitung ist ein Rückgang eingetreten, so daß die un-

zufriedenen Stimmen im Lande sich wiederum mehren und der Ruf nach einem Preßgesetz immer dringender wird, das als Stimme der erneuerten baltischen Volksgemeinschaft angesehen werden könnte. Die Zeitung bringt für innerschlesische Fragen neuerdings nur noch Interesse auf, soweit es sich um die Fraktionspolitik der deutschbaltischen Abgeordneten im lettlandschen Landtag handelt, für welche wiederum das Verbandsrats in immer breiteren Wählerkreisen im Schwünge begriffen ist. Der letztere hat sich als ein sehr liberaler, liberalfreudiger Betriebler dieser „Volksvertretung“ hat ganz sichtbar einen luftleeren Raum geschaffen, und mit wachsendem Fortschreiten hört man Abtinnungen der deutschen Fraktion, bei denen wesentlich die deutsche Belange preisgegeben werden, um kleine Augenblickeserfolge zu sichern. Ein Mutterbeispiel „Jahlobler“ Politik dieses Schlages ist das Verhalten der deutschen Landtagsfraktion einer maximalen Aussenpolitik gegenüber, die jeden Schritt nach für Vergehen aus der deutschen Okkupationspolitik und der Völkerverbrüderung zurückzuführen möchte. Die deutsche Fraktion hat es fertig bekommen, dieser Vorlage alle Gängelungen zu entfernen, weil einige Bestimmungen derselben vereinzelten deutschen Heimatgenossen zugute kommen können, obgleich andererseits die Abkunft, das gelamte Deutschland des Landes zu diffamieren, offensichtlich ist. Die jedes treibenden Gedankens entbehrende, nur auf die Einbeziehung kleiner Vorteile und die Ausnutzung unentgeltlicher Angelegenheiten gerichtete Tendenzpolitik der deutschen Sozialfraktion ist nur dazu geeignet, das Land zu isolieren, es zu ruinieren und in der Zukunft zwischen Deutschen und Letten noch weiter zu trüben.

Das in seiner Machtstellung bedrohte System der absterbenden Parteiverfassung steht in beiden baltischen Ländern im Erneuerungskampf gegen die Erneuerungsbewegungen der eigenen Völker, welche mit Gleichheit der Aufmerksamkeit die deutsche Sozialistische Bewegung sich in Lettland, die der Ausgang der jüngsten Kommunalwahlen anschaulich zeigt, immer mehr einen Siege der Freiheitkämpfer zu. Aber auch in Lettland sind neben weniger stark zu nehmenden Bestrebungen folglich die Prägung neuerdings innerhalb des Bauernbundes junge, aufstrebende Kräfte am Werk, die eine Erneuerung des lettischen Volkes betreiben. Einer der fähigsten Bauernführer, der Vorsitzende, ein Vertreter der jüngeren lettischen Generation, hat sich besonders im Kampf um die vom Bauernbunde beantragte Verfassungsänderung betätigt. Das der Kampf des Systems nicht nur den Gegnern im eigenen völkischen Lager gilt (wogegen es nun die Freiheitkämpfer oder der lettische Volkpartei gilt), sondern in der Richtung des geringsten Widerstandes mit ganzer Macht auf der deutschbaltischen Erneuerungsbewegung lasten muß, ist in der Lage der Dinge begründet. Hier sind die Ursachen der jüdischen Verhältnisse, die auch eben noch andauern, zu lindern und zu beseitigen, was sich bereits als notwendig erweist, in jedem Deutschen ohne weiteres einen Träger der neuen völkischen Gedanken zu erblicken. Von größtem Mangel an Einfließ in diese Zusammenhänge zeugt eine politische Jahresübersicht in der „Altschönen Rundschau“ aus der Feder eines deutschbaltischen Parlamentiers. Dieser Jünger Dr. Paul Schiemanns ist der Meinung, „die Stellungnahme einiger Volksgenossen“ (gemeint ist die neuen Gedanken aufgeschlossene junge Generation) zu den Ereignissen in Deutschland trüge nicht die Schuld an der Erziehung des Verhältnisses zwischen dem Reich und Lettland, sondern unbedachte Handlungen einzelner verantwortlicher Volksgenossen“ (gemeint sind wiederum dieselben Kreise) hätten zu einer „aggressiven Stellungnahme“ der Letten gegen das Deutschbaltentum geführt. Ein Irrtum, der für einen „verantwortlichen Volkshüter“ eigentlich unverzeihlich ist. Wie sehr die Setze gegen das Deutschbaltentum den Stempel einer künftigen Macht trägt und aus welcher Richtung die Gefahr zu befürchten ist, lehrt die sogenannte „Südbaltische“, der von der lettlandschen Presse aller Schattierungen in den letzten Jahren weitgetreten wird. Es handelt sich um einen jungen Deutschbaltischen Namen Wulff, der, aus mehreren deutschen Verbrüderungen Lettlands relegiert, während seiner kurzen kaufmännischen Berufstätigkeit sich eines tiefen Griffes in die Volkstasche habhaft gemacht hat, um sich dann von der lettlandschen politischen „Polizei“ als Vorkämpfer verwenden zu lassen. Wulff hat sich darauf durch ebensolche abenteuerliche und oft lächerliche Versuche und Reisen sehr ergebnisbringende unterirdische Umtriebe im lettlandschen Deutschbaltentum bemerkbar gemacht, die in großer Aufmerksamkeit in der lettischen Presse erschienen. Schließlich hat er in einer kleinen lettlandschen Stadt in der Krankheit offenbar doch großgedacht, daß er von der politischen Polizei beauftragt sei, das Deutschbaltentum dieses Städtchens zu beseitigen. Dieser letzte Willkürten scheint die lettlandsche Sicherheitsbehörde dann zublin von der absoluten Untauglichkeit ihres Agenten überzeugt zu haben. Da Wulff hinter Schloß und Riegel nicht gehalten werden konnte, so hat er diesem erbeutenden Zwischenstück beigewohnt. Wie ernst die lettischerseits eingeleitete Deutschenverfolgung zu nehmen ist, beweist die jüngste Verlesung, wonach zwei führende Männer aus der baltischen völkisch-sozialistischen Bewegung, Dittmar Creu und Silbert, den Weg in den Kerker haben antreten müssen, da der Staatsanwalt gegen sie ein Verfahren wegen Zugehörigkeit zu einer politischen Geheimverbindung eingeleitet haben soll.

In Lettland, wo die deutschen Abgeordneten auf dem Reaktor vom eine ähnliche opportunistische Politik machen wie ihre lettlandschen Berufsgenossen, ist die Entfernung solcher der parlamentarischen Vertretung des Deutschbaltentums und ihren Wählern so groß geworden, daß man von einer Einheitsfront aller Deutschen gegen

ihre eigenen Abgeordneten reden könnte. Die „Roosaife Zeitung“ hat nach einem kurzen Aufenthalt während der unwahrscheinlichen Vorgänge in der Deutschbaltischen Partei im November 1933, die leider nur vorübergehend dem Beginn einer neuen Zeit einzuleiten scheinen, heute wieder ganz in die allgemeinen Ereignisse zurückgefunden. Da die Anteilnahme am Tun und Lassen der deutschen Parlamentarier auf dem Dom hier noch geringer ist als in Lettland, so beschränkt sich das Roosaife Blatt fast nur auf Fraktionspolitiken, es willt dagegen seine Spalten häufig mit derlei nicht belanglossten Einzelheiten über die in der Staatsversammlung zur Beratung stehenden neuen Wahlgesetze oder mit entlofen Unterführungen über jeden einzelnen Paragraphen der neuen Verfassung. Es scheint die Zeitung dabei wenig zu hören, daß das politische Leben des Landes schon längst diese Eingelungen hat, von denen ihre Leitartikel nichts zu wissen scheinen, daß der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt ist, nicht etwa um Verfassungsparagraphen, sondern um den Staat selbst, dahinter steht die Front, die es Lettland zu Kampfbewegungen gekommen, die für die Erneuerungsbewegung letztendlich verfallen. Weitere Kämpfe haben noch bevor, da zur Durchführung der neuen Verfassung in Lettland haben eine Reihe von Wahlen vorgenommen wird: die Kommunalwahlen sind schon erfolgt, während die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen noch bevorstehen. Zu den letztgenannten bilden die Gemeindevahlen in Stadt und Land den Auftakt. Die ethnische Erneuerungsbewegung der Freiheitkämpfer ist bei diesen Wahlen am erfolgreichsten in der russischen Partei mit eigenen Wählern aufgetreten und hat auf Anhieb starke Erfolge errungen, die nur den am Selbigen eine Überhöhung gewiesen sind. Die Freiheitkämpfer werden bei den bevorstehenden entscheidenden Wahlen die neuerlichen Erfolge auszubauen müssen, so daß der Endzueg ihnen zufallen dürfte. Kennzeichnend für die neuen vorgeschlagenen Kommunalwahlen ist die verminderte Niederlage der bürgerlichen liberalen Mitte, die so gut wie ganz zerrieben worden ist. Die Marxisten, der zweite Hauptpfeiler der Freiheitkämpfer, verfallen schwerer am Erfolg als in den Kommunalwahlen, während der bisherigen rechten Flügelpartei, den Hände der Landwirte, gelungen ist, seine Stellung in den ländlichen Gemeinden wesentlich zu festigen. Die Katastrophe der Mittelpartei und der Marxisten ist insofern bedäglich durch das Auftreten der Freiheitkämpfer entfallen, denen auf dem flachen Lande 10 v. H. aller Stimmen, in den Städten dagegen nicht weniger als 35 v. H. der Stimmen zugefallen sind. Wichtig ist, daß die Freiheitkämpfer in den beiden großen Städten im Lande, in Riga und Dorpat, die absolute Mehrheit erlitten haben und auch in Riga, nach Riga dem wichtigsten Industrieort, nicht weit davon entfernt sind. Was ehemals bürgerlich-liberal oder marxistisch war, steht heute um großen Teil unter den Fahnen der Erneuerungsbewegung, während auf dem Lande der konervative Wähler der Landwirte die linksliberal eingestellte Bauernpartei ausgliedert hat.

Ganz bedeutend ist der nicht unerhebliche Rückgang an deutschbaltischen Stimmen, der bei dem Gemeindevahlen vorausgetreten ist. Zuzurechnen ist dies Erscheinung wohl auf die vorangegangenen und auch eben noch anberuende Deutschenverfolgung. Wenn jedoch die „Roosaife Zeitung“ um „gemachten Fehlern“ erachtet, ohne sich über diese angeblichen Fehler näher auszusprechen, so ist das zu sagen, daß der Stimmenausfall zu einem Teil durch Wegbleiben der jüdischen Stimmen zu erklären ist, die bisher stets für deutsche Kandidaten abgegeben wurden, zum anderen Teil durch das Abgleichwimmen des nationalen Erbes, wie das stets in kritischen Zeiten zu gelassen pflegt. Dieses sind Erscheinungen, die nur zur Festigung und Stärkung der volksdeutschen Front in Lettland beitragen werden.

*

Vitauen verzweigter Arbeitsgenehmigung für Reichsdeutsche.

Der Gouverneur des Memelgebietes, Rakakas, hat mitgeteilt, daß er auf Grund der Vorstellungen der entlassenen deutschen Arbeiter und Angehörigen die bekannten Rundgebungen von über tausend deutschen Menschen noch einmal überprüft habe. Er hat den Entschluß gefaßt, 176 Angefallene und Arbeiter die Arbeitsgenehmigung endgültig abzuziehen, während etwa 900 deutschen Angehörigen die Arbeitsgenehmigung für nur drei bis sechs Monate erteilt wird. Dieses Ergebnis nimmt noch lo unangebrannt, daß zu einer günstigen Beurteilung der Entscheidung des Gouverneurs keinerlei Anlaß vorliegt. Die deutsch-litauischen Beziehungen sind durch diese Entscheidung erneut durch die Schuld Vitauens einer außerordentlichen Belastung ausgesetzt.

Die Ausstellung

„Der Ofen
das deutsche Schicksalsland“

erwartet auch dich!

Der polnische Aufstand in Posen.

(28. Fortsetzung.)

Von Hermann Pilske.

Vor dem Bajaz.

Wie der Putsch eingeleitet wurde, darüber gab es in dem Protokoll des Posenischen Volksrats eine misslungene und interessante Aussage. Ein Herr B. vertrat das Protokoll mit seinem Namen an Sitzesstatt unterzeichnet hatte, gab an, daß er zur Zeit des Ausbruchs vor dem Bajaz gewesen wäre. Vor dem Gebäude fand eine Kette von Polen. Sie stand im Halbkreise, mit dem Rücken nach außen. In dem Halbkreise stand der polnische Kommandant Cange. Dann mußten die Fußhauer auf dem Platze zurücktreten. Der Halbkreis erweiterte sich. Darauf fiel ein Schuß in den Polen und gleich darauf begann die Polenkette ein Feuer, die drei Soldaten des Repeski. Doch bei dem Schießen Platzpatronen verwendet worden sind, ist unabweislich. Der Platz gestattete es bequem, auch scharfe Schüsse durch gehalten der Gewehre gefahrlos zu machen. Daß in dieser Weise geschossen wurde, ist auch von anderen Orten einwandfrei beobachtet worden. Das Feuer begann. Die Herren der „Miffion“ waren, wenn nicht die Fußhauer, so doch die aufgeschreckten Führer in einem Schauspiel, in dem die Polen toter mit Gewehrfeuer in Fußschritten um ihre Freiheit rangen. Der Gegner im Komplex fehlte eben. Das Gewehrfeuer war das Gefühl, daß man auch die Wache vor dem leibhaftig ein lebhaftes Feuer eröffnete und währenddem reichlich Granatgranat warf. Die ersten dem besten Gewehrfeuer die Konventionen ertönten. Der Ehrenhof vor dem Schloß war mit einem starken, schmiegeelernen, polnischenähnlichen Zaun umgeben. Die Tore waren verschlossen. Das Feuer hörte sich aus der Ferne an, als wenn ein Detailion in Abwehr lag und Schnellfeuer gab. Es flaute zeitweilig ab, um dann wieder einige Zeit anzunehmen. So ging das seit fünf Minuten lang. Dann trat ein kurzes Pause ein, auf die wieder lebhaftes Feuer folgte. Von polnischer Seite hat man als Grund für die Schießerei am Schloß das Herandrücken der letzten Grenadiere angegeben, die einen Angriff auf das Schloß machten. Das ist eine reine Erfindung. Die Schieler haben die Kugelsteine nicht verlassen. Unter diesen Zeichen begann die Besetzung der offiziellen Gebäude am Wilhelmplatz. Suerst kam das Kaiser-Friedrich-Museum heran. Es lag neben dem Bajaz, vor ihm nur durch die Neue Straße getrennt mittelwärts. Das Gebäude war mit starken Mauern gebaut, also zum Angriff wie zur Verteidigung zu erschaffen. Es war unbefestigt und bis auf den Hausdächer auch unverbaut. Man öffnete die verschlossene Tür mit dem Dietrich und besetzte das Gebäude und stellte oben noch in dieser Nacht ein Maschinengewehr auf, das fast eine Woche lang lebentüchtig. Repeski hat hier wahrheitsgemäß berichtet. Die Racyjki-Bibliothek war bereits in den Händen der Polen. Auch die Kommandantur ging durch Besetzung glatt in die Hände der Polen über, und zwar ohne jeden Kampf. In Posen gibt es ein Märchen um, das viel erzählt und toter geglaubt wurde: ein 14jähriger Knabe hätte mit der Pistole in der Hand die Kommandantur erobert. Einer Erwähnung bedürfte es nicht, die Polen stellten die Wachen in der Stadt. Auch die Kommandantur wurden von ihren Wachen befehligt. Sie saßen also von vornherein in den entscheidenden Stellen. Übrigens benutzte der Arbeiter- und Soldatenrat die Räume der Kommandantur. Er war seit gerumer Zeit fast ganz polnisch. Die Polen hatten alle das Gebäude als Geschäftsräume mit allem, was dazu gehörte, längst in ihrer Gewalt. Nur offiziell nahmen sie es in ihre Hand und richteten sofort in ihm ihre polnische Stadtkommandantur ein. Die Postämter sowie bis jetzt polnische leibhaftig Teilnahme der polnischen Bevölkerung geküßten, die ganz gut wußte, daß ihr der Gewehrfeuer nichts geliehen würde. So kam man am Polizeipräsidium. Hier traf man auf Widerstand.

Am Polizeipräsidium.

In dem Polizeipräsidium leistete Blankerz den Sicherheitsdienst. Repeski und andere polnische Schriftsteller nahen ihn den Offizieren. Das trifft nicht zu. Blankerz war Offiziersdiener, trug also neben dem Abschied des Unteroffiziers den Offiziersdienst. Am Zivilberuf war er Hauptlehrer bei Wachen. Er verkehrte in Posen in Kreisen der Lehrer und war in der Stadt wohlbekannt. Von ihm habe ich bereits berichtet, daß er eine Bestimmung der Polen zu dem Zwecke, das Polizeipräsidium auszufüllen, vor sich mies. Der Polizeipräsidium selbst hat in der ganzen Revolutionzeit keine Rolle gespielt. Die Zeit ist über ihn hinweggegangen, ohne irgendeine Rolle von ihm zu nehmen. Die Verteilung fiel also einem Manne zu, der dem Unteroffiziersstand angehörte und ein tapferes deutsches Herz bewahrte. Er hatte am 27. Dezember einen schmerzlichen Stand. Er wurde bereits am Vormittag von beiderlei Seite gefürchtet. Die Entsetzungen befehligen zu lassen. Die Polen misshandelten sich, die Verhandlungen verschlagen sich. Zeitlich konnte die Entfernung nur mit Gewalt gesehen, und dazu wollte Blankerz angeleitet der drohenden Haltung nicht greifen. Nun war es bei dem Umzuge der Deutschen doch zu der gewaltsamen Entfernung gekommen. Schüsse fielen. Verlegungen entstanden hier und da. Der Kumult nahm auf dem Wilhelmplatz schließlich zu. Da viel Blankerz bei dem Aufbruch der Polizei in die Hände der Polen gefangen wurde, wurde er ortillerie-Regiment Nr. 29 an die Spitze. Es war ein blühendes polnische Truppenteil. Ein Schmalhüter befehligte bei der Ersatzbataillon. Gegen 5 Uhr nachmittags rückte ein Wachmannschaft von 40 Mann mit zwei Maschinengewehren an und besetzte das Polizei-

präsidium. Vor der Kürt wurden die beiden Maschinengewehre aufgestellt, so daß sie rechts und links den Eingang flankierten. Dazu wurde eine Polenkette mit Karabinern besetzt am Gebäude aufgehoben. In Berichten ist immer wieder behauptet worden, daß diese Mannschaften dem Feldregiment angehörten, das bereits in der Stadt eingesetzt war. Das ist nicht richtig. Das Feldregiment rückte zu der Zeit eben von dem Rückmarsch auf Magdeburg zu. Sein Gegebuh gibt darüber sichere Auskunft. In der Stadt befand sich nur der Rest des Ersatzbataillons. Mannschaften des Ersatzbataillons fiel also die Aufgabe zu, die Schwärme für das Polizeipräsidium zu stellen. Sie sind innerhalb der Stadt die einzige kämpfende Truppe gewesen.

Die Polen haben es sich mit der Schutzfrage an dem Komplex leicht gemacht. Sie behaupten, daß deutsche Soldaten eine Schießerei aus der Richtung des Polizeipräsidiums in der Richtung des Bajazs begannen. (W. T. B. und „Kurier Pomanjki“ Nr. 298 vom 29. Dezember 1918), und daß die Aktion der polnischen Soldaten nur eine Antwort auf den deutschen Angriff war. Das ist einfach und hatte den Vortug, die Polen als Unschuldslämmer gegenüber der „Miffion“ und der Entente in den Kreisen der deutschen Wölfe zu zeigen. Ich habe gerade auf die Entsetzung des Komplex mit scharfer Anktion vor dem Polizeipräsidium viel Miße vermerkt, um sie aufzuklären. Ich habe alle möglichen Leute, die von dem Ausbruch des Polizeipräsidiums teilgenommen hatten, ausgefragt und bin leicht mit ihnen an Ort und Stelle gegangen, um das Berichtete nachzuprüfen. Da die Komplex des 20. Feldartillerie-Regiments gleich nach dem Kampf von Polen verschwand, habe ich mir von dem Vater eines der Mörder, der zu den 24 Mann zählte, die mit den Polen gemeinsam das Präsidium durch die Nacht besetzt hatten, einen lehr eingehenden Bericht geben lassen. Alle Berichte, die sie kamen nicht nur von deutscher Seite, geben klar zu erkennen, daß die Schuld an dem Ausbruch des Komplex auf polnischer Seite lag. Die Ereignisse liefen folgendermaßen ab:

Als die Kommandantur besetzt war, suchte man sich aus das Polizeipräsidium zu bemächtigen. Die vorstehenden Polenkette hinterste ein Eindringen der Polen. Es entwickelte sich nun ein Spiel, das wohl eine Viertelstunde dauerte. Polnische Zivilisten suchten die Wachen, die gegen jedes Schritt voneinander hielten, einzeln zu entwaschen. Sie brangen sich unterdessen zwischen sie, umgeben plötzlich einen oder mehrere Polen und suchten ihnen das Gewehr zu entreißen und das Seitenengewehr aus der Scheide zu ziehen. Die Polen wußten sich jedesmal mit großer Geschicklichkeit und verzweifelter Gegenwehr der Entsetzung zu entziehen. Dabei wurden sie immer mehr von dem ursprünglichen Standort abgedrängt. Die Wachen in der Polen wurde immer härter, die Gefahr für die Polen immer größer. Darum zog Blankerz sie zurück. Es blieben nur noch die beiden Maschinengewehre mit ihrer Bedeckung. Die Maschinengewehre standen einen guten Schritt leitwärts der Kürt und ebensoweit von den niedrigen Treppenhallen ab, gerade so weit, wie es die Bedienung notwendig machte. Ungefähr 50 Mtr. vom dem Eingang in das Präsidium befand sich die Rückwand des Kaffees Hohenholers. Es war alles nach vorn kein festes Schloß. Die Kürt der Maschinengewehre waren darum herum leitwärts nach links und rechts gerichtet, so der Raum zwischen Kaffee und Präsidium menschlicher erhalten wurde. Sie bestrichen nach links hin die Straße bis zur Kommandantur und ebenso nach rechts den Platz zur Ritterbrücke, doch nur in schräger Richtung. Nach dem Bajaz hindurchzuziehen, war nicht möglich, da die Stellung der Maschinengewehre nicht in der Flucht der Straße standen, und außerdem die Straße an der rechten Seite des Wilhelmplatzes in der Verengung der Berliner Straße an beiden Seiten mit Wänden versehen waren. Nur ein Kaffee für den Platz mit Wänden versehen. Ein freies Schloß nach dem Bajaz war also nicht da. Die Flucht wurde von der Straße an der Kommandantur angriff unternommen. Die Polen hatten sich in Eile als eine Anmarschpost auf das Meer auch eine Abteilung Matrosen zugelegt. Sie hatten bei ihnen einen doppelten Lauf, den ingrimmiger Revolutionäre und den echter Packer. Sie waren die Lieblings der öffentlichen polnischen Meinung. Eine Linie dieser Matrosen fiel plötzlich auf das Präsidium zu, um die Maschinengewehre zu nehmen und in das Gebäude einzubringen. Da tauchten die Maschinengewehre. Die Matrosen rufen sich wieder und gingen in Deckung. Die Umstehenden glaubten bei dem schnellen Niedergehen an Weinsplöße. Nach der Angabe der Artilleristen sind aber die ersten Vobefreien Platzpatronen gewesen. Sie blieben also unbefehligt.

Das Schießen übte eine unerhörte Wirkung aus. Die Fußhauer stoben nach allen Seiten auseinander. In wenigen Augenblicken war der Platz vor dem Polizeipräsidium und auch die Straße ringesagt. Auch von den Matrosen war nichts mehr zu sehen. Unter dem Schutze des Kaffeegebäude floß alles der Wilhelmplatz zu oder suchte irgendwo unterzukommen. Das plötzliche Entkommen war für die dichten Menschenmassen nicht ganz einfach, da die Wilhelmstraße zur Ritterstraße und ebenso die Ritterstraße und die Neue Straße verengt war. So drängte man sich eine große Zahl von Polen in dem Bajaz der ihnen so nach seiner Lage vertraut war und wurden durch den hinteren Ausgang in die Jägerstraße herausgelassen. Durch sie wurden später mancherlei Mitteilungen darüber laut, wie es am Bajaz ausseh. (Fortsetzung folgt.)

Offland-Woche.

Der Osten wartet auf die Urlaubsergie.

Im Februar werden die ersten zwölf Arbeiterurlaubsergie der A.S.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ Gaulende von deutschen Arbeitern aus den Großstädten und Industriezentren in die schönsten Gegenden des Reiches zur Erholung bringen. Es ist zu hoffen, daß diese große ergiebige politische Saat der Arbeitslosigkeit schon im Laufe dieses Jahres auf tausende und zehntausende deutscher Arbeiter aus der Mitte und dem Westen des Reiches Gelegenheit erhalten, auch den deutschen Offenerkennenzulernen. Hier bietet sich eine Gelegenheit, wie noch nie gegeben war, den Gedanken und das Erlebnis des Ostens in die Reihen der deutschen Arbeitsergie hineinzufragen, gerade in den Teil des Volkes, dem früher von Bonnen und Literaten Ablehnung und Geringschätzung gegen alle eingefloßt wurde, was Offland heißt. Diese Gelegenheit, mit dem fieslen Sued der Urlaubsergie ohne lehrhafte Aufdringlichkeit nur durch das imangevole Erleben und Schauen eine grenz- und volkspolitische Erziehungsbewegung zu verbinden, sollte keinesfalls ungenutzt bleiben. Was sonst durch Muskelformen und in ihrem Erfolg nur allzu oft zweifelhafte Propaganda- und Schulungsarbeit nur langsam in das Volk hineingetragen werden kann, das läßt sich hier, in dem Kontakt mit dem Schönen, das Gemeine mit dem Schönen, bereit, leichter und schneller, einbringlicher und in gefälliger Weise erreichen. Und die Bewohner der Grenzprovinzen selbst, die im bisherigen Osten nicht anders als die in Ostpreußen, in Schlesien oder sonst in den grenznahen Gebieten des Ostens, werden dem Aufwachen deutscher Arbeiter nicht nur als eine wirtschaftliche Stille in ihrer verneinten Welt, sondern auch als einen Beweis dafür ansehen, daß nicht nur einzelne, zahlreichig auch begrenzte Kreise, sondern die gesamte in seiner Gesamtheit Anteil an haben, an ihren Sorgen und an ihren Aufgaben nimmt.

Oberchlesische Fragen in Genf.

Der Januartag des Völkerrundrates lagen drei Beschlüsse der deutschen Volksgruppe in Oberchlesien vor. Sie wurden am 12. Januar in kurzer Sitzung erledigt. Die wichtigste dieser Beschlüsse betraf das Juliushospital in Rybnik: sie hatte den Völkerrundrat schon mehrfach beschäftigt. Das Hospital war im Jahre 1927 vom Verein chlesischer Mitarbeiter in den Besitz der Völkergesellschaft Königsbrunn übergegangen, deren Aufgabe es ist, den Rat der mährisch-schlesischen deutschen Bevölkerung durch ambulante Krankenpflege, Armenpflege und den Betrieb deutscher Krankens- und Pflegeanstalten zu mildern. Der Eintragung der Eigentumsübertragung wurden vom Grundbuchamt und von den polnischen Gerichten jahrelang alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet. Vordaherseite wurde für das Hospital eine kommissarische Aufsicht bestellt, wodurch der gestörte Betrieb des Hauses naturgemäß stark beeinträchtigt wurde. Das Deutschentum in Rybnik war zum Verlust aller seiner besonders wertvollen karitativen Anstalt bedroht. Der Völkerrundrat ließ mit

bedauerter Unfähigkeit die Rechtslage dieses Hauses in einem juristischen Gutachten prüfen. Dieses Gutachten ist gegen Polen ausgefallen. Die polnische Regierung hat daraufhin ihre Maßnahmen rückgängig gemacht. Dem Völkerrundrat blieb jetzt nur noch übrig, das zur Kenntnis zu nehmen. Es hat immerhin sechs Jahre gedauert. — Die zweite Beschlüsse betrifft die Verträge der deutschen Siedlungen in Oberchlesien. Sie bezieht sich darauf, daß die deutschen Siedlungen von den polnischen Behörden wegen der Veröffentlichung von Artikeln verboten und beschlagnahmt werden, die von den polnischen Beamten unbeanstandet gebracht werden können. Der Völkerrundrat hat sich damit begnügt, die Beschlüsse an die lokalen Anstalten zurückzugeben. — Die dritte Frage, die Beschlüsse des deutschen Minderheitsabgeordneten Krjizick, hat sich für den Rat durch die Bekanntgabe des Urteils der polnischen Gerichtsinstanzen erledigt.

Danijer Verkehrsverbindung in Berlin.

In Berlin, latter den Emden 16, wurden am 16. Januar die neuen Räume des Danijer Verkehrsbiros eingeweiht. Senator Baher kennzeichnete die Aufgabe des Biros: Es solle nicht nur Auskunft über Reisen nach der alten, schönen Stadt Danij vermitteln, sondern das Zentrum der ganzen Fremdenverbindung für Rundreisen, Vaterland sein. Alle Vorbereitungen für Rundreisen, Besichtigungen, Ausflüge und Ausflüge nach Danij sollen hier getroffen werden und außerdem sollen diese Räume für die Danijer in Berlin und im Reich und diejenigen, die sich aus Danij in Berlin aufhalten, ein Stück Danijer Heimat sein.

„Nichtanerkennung der polnischen Grenze.“

Das Verkehrsgericht in Königsbrunn hatte vor einiger Zeit den Minderheitsabgeordneten Mrzyk zu 1000 Loty Geldstrafe verurteilt, weil er auf einer „Pamphletagen dem Romen des überweisungs-erztes Czarn (Drischak) das Wort „Wojna“ hingelegt hatte. Der Gerichte sollte Berufung eingelegt. Das Gericht bestätigte jedoch das Urteil mit der Begründung, daß die Hinzufügung des Wortes „Wojna“ bedeute. Der Angeklagte hätte als Lehrer müssen, daß der überweisungsart innerhalb der Grenzen des polnischen Staates liege.

Auffländische nehmen Reichsaus.

Auf das Volksbundesheim in Altdorf bei Pflüg wurde in der Nacht zum 20. Januar durch polnische Aufständische ein Überfall verübt. Gegen Mitternacht hörte der Wermalter des Heimes mehrere polnische Kommandos. Er schaltete sofort die große Hofanlage ein, die jedoch von den Aufständischen zerstört wurde. Danach schlugen die Aufständischen die Fensterläden und Fensterhebel ein. Als der Wermalter des Heimes die Signal-Kämerleinrichtung einschaltete und die Polizei der ganzen Ort telefonisch meldete, ergreifen die Aufständischen die Flucht.

Aus der Arbeit des Bundes Deutscher Osten.

Die Landesgruppe Berlin des BDO veranstaltete in der Ehrenhalle der Ausstellung eine **Schlesische Gedankenkreis**, in deren Mittelpunkt der Vortrag über mit Schlemms Verhältnissen besonders vertrauten Ortsgruppenführer in „Vande Deutscher Osten“ Direktor „Politik über das Thema „Deutsche led ihr, vom höchsten Willen geprägt“ (Hermann Stehr) stand. Ausgehend von dem Schauer, der in Versailles um Schlesien getrieben wurde, zeigte der Vortragende den furchtbaren seelischen Kampf der Oberchlesier um ihr Deutschland auf. Unergründlicher Weise für Schlesien stets gewesen, wenn auch vorübergehend Slaven das Land sich angeeignet hätten. Deutsche hätten es wider mit dem höchsten Willen „Pflüg“ in die Freiheit der Schicksale hineingetragen. Schon die Chronikeln bezeugen, daß das Geschick in diesem Lande stets deutsch gewesen sei. So sei es auch heute trotz willkürlicher Zerstückelung. Nach einem geschichtlichen Überblick über die Zeit Friedrichs des Großen, der damals um eine große deutsche Idee gekämpft habe, und über die napoleonische Zeit, freilich die Redner den Weltkrieg, mit den für die Oberchlesier der Krieg noch nicht beendet war, gegen die Brakreuzer aus dem Jahre 1918/19 und 1921/22 den für die Freiheit der heimatischen Schicksale, den ersten Gefallen für das Dritte Reich. Dieser gigantische Grenzkampf habe Wunden geschlagen, die nicht heilen und nicht heilen sollen, die ein Schauder von Versailles, wo vier Fremdbestimmte — ein Litwene, ein Franzose, ein Spanier und ein Chinese — das am Herzen eines jeden Deutschen nagende Schandurteil über Oberchlesien gefällt hätten, wiedergemacht lie. — In einer markigen Rede schloß der Redner mit dem Satz: „Süder der Freimülligen Kampagne in den Oberchlesien-Kämpfen, die Schicksale der Grenzbevölkerung, als das Land zum Kummelpfad verantwortungsvoller Elemente geworden war. Ein verpeiltes Zingen um jedes Stüchchen Erde sei entstanden. Gegen drei Fronten habe man kämpfen müssen: das Lokentum, den Kommunismus und leider auch die eigene Regierung, die das oberchlesische Volk seinem Schicksal überlassen hatte. Das große Zingen sei in dem Willen der Erneuerung geworden. Der Redner ermahnte Johann in dem Worte: „Nur wir müssen arbeiten, denn dazu wird kein Stück deutsches Land in Zukunft mehr gerannt werden.“

Die Landesführung Pommerns hatte am 12. Januar die Vertreter der Behörden, der nationalsozialistischen Verbände und Organisationen, der Jugendorganisationen und der früheren Grenzlandvereine zu einer Besprechung geladen. Landesführer von Webeli-Jürfenlo sprach zuerst über „Die Aufgaben des BDO und ihre Bedeutung für das Leben unserer Provinz“. Er ging von der grundlegenden Umstellung der deutschen Außenpolitik seit der Mangergreifung des Nationalsozialismus aus und betonte, daß sich die zukünftige Arbeit des Bundes die grundsätzlichen politischen Einhellung anpassen und unterordnen müsse. „Jetzt mehr als je“ die „Offen der Vergangenheit“, jedoch bewußte Einhellung auf die Gegenwart und aktive Mitarbeit in allen, den deutschen Osten betreffenden Fragen seien die neuen Aufgaben. Sie werden den Sinn haben, das Gefühl des deutschen Volkes wieder nach Osten zu wenden, damit es erkenne, daß die Offprobleme ein wesentlicher Bestandteil des eigenen völkischen Daseins sind. — Am

„Volk bricht auf.“

Im Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Behörden der NSDAP, des Rundenbundes und der Presse gelangte in dem alten Schinkbau in Frankfurt a. O. das Schauspiel „Volk bricht auf“ des östmarkischen Dichters Herbert Böhm zur Uraufführung. Herbert Böhm, der 1907 in Frankfurt a. O. geboren wurde und zurzeit Abteilungsleiter der Berliner Funktomb ist, hat sich bereits als Lyriker einen Namen gemacht. In seinem größtmäßig beschwingten, mitreißenden Schauspiel „Volk bricht auf“ greift der Dichter auf das chlesische Robert-Guisard-Motiv zurück und gestaltet es frei zu einem erschütternden völkischen Drama. Böhm stellt im Gegenlicht zur Welt nicht den Herzog Guiskard, sondern den Herjogassen Abälard, in dem die Seele des ganzen Vorkommens verkörpert ist, in den Mittelpunkt der Handlung. Das Schauspiel, dessen erste Wieder-schrift lange vor der Machübernahme Adolf Hitlers entstand, ist erfüllt von dem Gedankengut der nationalsozialistischen Bewegung und getragen von dem Erleben der erwachenden Nation. Das ansehnliche Haus nach mehr als fünfzig Jahren, die unter der Spaltung des Ostentandes Robert Bärker stand, mit jürmlichem, nicht endemolendem Weisfall auf.

„Aufgabe des Gauleiters sprach dann Gauleitersberater Dr. J. u. a. über „Der Nationalsozialismus und der Deutsche Osten“. Der Nationalsozialismus müsse, daß die bis herige Wanderung vom Osten nach dem Westen, vom Land in die Stadt endlich in das Gegenteil umgewandelt werden müsse, weil er nur dann jedem Deutschen wieder das Recht auf Arbeit garantieren könne. So habe der Osten für den Nationalsozialismus, insonderheit gesehen, eine sehr große Bedeutung. Hier soll wieder eine Veranlagung deutscher Menschen sein durch deutsches, noch ungenügend erschlossenes Boden erfolgen. Hier soll wieder die Lebensquelle des gelandeten deutschen Volkstums werden, aus der es leben erneuert wird. — Der Führer der Untergruppe Mittelprovinz, Stubenrath Dr. S. h. m. i. - Stettin, schloß die Besprechung mit einer kurzen Erläuterung der Wege und Ziele zur Durchführung der neuen Arbeit.

Zu Klußal in Hannover fand am 21. Januar eine große Südost-Landtagung des BVO statt. Es sprach nach einer einleitenden Rede des Landesführers Cuno, der die Besichtigung Niederlahns zum Osten beleuchtete, im Namen der bayerischen Regierung der bayerische Gesandte in Berlin, Minister Speer, und für die jährliche Regierung Hans Beer, Minister Speer führte u. a. aus: Die blutenden Grenzen Bayerns liegen im Osten, vom Pfälz bis Hof, und im Westen, wo die Pfalz an Elb-Oberrhein grenzt und im Saargebiet eine tiefe Wunde im deutschen Reichsgebiet schlägt. Eine Grenzlinie im Osten war mit dem Osten fast niemals besetzt. Draußen lag ein befreundetes Staat. Volkstümte, wie sie damals schon im böhmischen Leben sichtbar waren, reichten in ihrer Wirkung nicht an den bayerischen Grenzraum heran. Die Wirtschaft konnte bei offenen Grenzen gedeihen. Eine militärische Gefahr war nicht vorhanden. Das hat sich nun alles gründlich geändert. Volkstum, Wirtschaft und militärische Gefahr kennzeichnen das Nachkriegsgebiet der bayerischen Grenze im Osten. Minister Speer ging auf die Verhältnisse in der Ostmark mit den bayerischen Grenzlandproblemen ein und richtete zum Schluß den Appell an alle, dem bedrohten und hungrierenden Grenzlande zu helfen durch den Besuch dieses herrlichen Landes und durch den Kauf ihrer hochwertigen Erzeugnisse. Hans Beer verlas darauf ein Schreiben des sächsischen Ministerpräsidenten von Klinger, das folgenden Wortlaut hat:

„Mit freudiger Genugtuung begrüßt es die sächsische Regierung, daß die Werbeveranstaltungen der Landesführung Niederlahns für den Bund Deutscher Osten sich auch mit den bayerischen Grenzlandproblemen beschäftigen wird. Das wird bei den Hoffnungen auf die wirtschaftliche und kulturelle Bedrängnis des Sudetenlands nicht weniger dürfen, ist immer mehr Genugtuung der öffentlichen Meinung in Deutschland geworden, nachdem die nationale Erhebung den Blick gerichtet hat für die Fragen, die als deutsche Schicksalsfragen anzusehen sind. Würde früher in Sachen infolge des bestehenden Bündnisses mit der österreichisch-ungarischen Monarchie die sächsisch-böhmische Grenze als Reichsgrenze kaum empfunden, so ist jetzt unter wachsender nationaler Auslands geworden, was uns bei unserer rassen- und kulturmäßigen Verbundenheit mit dem Sudetenlande immerhin fühlbar ist.

Die sächsische Regierung, die eine über 300 Kilometer lange Reichsgrenze im Ostraum zu betreuen hat, ist sich der besonderen Verantwortung dieser Grenzlage bewußt. Ringsum im deutschen Grenzraum wohnen oft zehntausend Menschen, die in sächsischen Gebiet. Ringsum sind die Arbeitslosigkeit und die Not der Bevölkerung größer als bei uns. Pflicht aller Deutschen ist, unsere Volksgenossen an der Grenze, die Tag für Tag unter besonders harten wirtschaftlichen Bedingungen um ihre Existenz ringen, in ihrem Ausdauern auf Vorkosten zu stärken und zu stützen. Das muß geschehen durch Besuch unseres schönen Grenzlandes mit seinen Wäldern und Bergen vom Zittauer Gebirge über die Sächsische Schweiz und das gemaltige Maßße des Erzgebirges bis ins Vogtland; das muß aber ebenso geschehen durch ausdrückliche Unterstützung der Sächsischen Regierung. Die Sächsische Regierung ist im sächsischen Gebiet fast durchwegs heimisch. In den der Industrie im Zittauer Gebirge über die Rumpfbühnenindustrie im Reuditz-Geleit, dem Holz- und Spielzeugergemeinde im Erzgebirge, der Porzellan- und Spielzeugindustrie im Vogtland und schließlich bis zur Musikinstrumentenfabrikation in Klingenthal und Markneukirchen im Vogtland ist eine fast ununterbrochene Kette von Wirtschaftsbetrieben, in der bekannte Beschäftigung durch die Anwesenheit und Arbeit mit Fähigkeit eine nationale Aufgabe erfüllt: die Grenzheimatener zu locken vor dem dringenden Slawentum. Wenn sich daher das Grenzland Sachsen an das deutsche Binnenland mit der Bitte wendet, die sächsische Grenzindustrie durch Berücksichtigung bei Aufträgen zu unterstützen, so ist das nicht nur eine Bitte im Interesse der beteiligten Wirtschaftsbetriebe, sondern auch eine Bitte im elementarsten Interesse der Erhaltung des deutschen Volkstums. In diesem Sinne begrüßt die sächsische Regierung den Herzog der Werbeveranstaltungen der Landesführung Niederlahns des Bundes Deutscher Osten.

Am Anschluß hieran sprach Hans Beer unter der lebhaftesten Zustimmung der Zuhörer noch über das Problem des Grenzlandes Sachsen als ein Grenzproblem des deutschen Ostens und Südostens. — Zum Schluß gedachte der Landesführer Cuno noch des preußischen Südostens, des oberdeutschen Grenzlandes, indem er besonders die Bedeutung des Jahres 1937 für die zukünftige

Schicksalsgestaltung Oberdeutschens hervorhob. — Zur würdigen Ausgestaltung der Rundung tragen die Musikstücke des Musikregiments der SA-Motorstaffel Nr. 61, die Reitationen mehrerer Mitglieder des BVO sowie die oberbayerischen Bayarntänze wirkungsvoll bei.

Mitteilungen des BVO.

Der Bundesführer.

Eine in der Weihnachtspost hervorretende Erkrankung among mich bereits kurz nach Reueuz in einer Ausspannung. Ich danke allen, die seitdem meiner und meines Wirkens in Treue und oftmächtiger Verbundenheit gedachtet!

Anwischen habe ich den Schirmhüten unseres Bundes, Gauleiter und Oberpräsident Wilhelm Kube, zwecks völliger Wiedererlangung meiner Gesundheit um Urlaub gebeten. Ich erbitte darauf folgendes Schreiben:

Berlin-Charlottenburg, den 24. Januar 1934.

An den Reichsführer des Bundes Deutscher Osten
Herrn Dr. Franz Eubcke, Berlin.

Mein lieber Herr Parteigenosse Dr. Eubcke!

Sie haben den dringenden Wunsch geäußert, zum Zwecke der Wiederherstellung ihrer Gesundheit beurlaubt zu werden. Indem ich Ihrem Wunsch entspreche und hoffe, daß Sie Ihre verdienstvolle oftmächtige und nationalsozialistische Arbeit recht bald wieder aufnehmen können, beziehe ich zugleich Herrn Pg. Wilhelm Müller-Rühendorf, Mitglied der Gauleitung Karamanek und des Reichsführers des BVO, mit sofortiger Wirkung zum 2. Stellvertreter des Reichsführers mit der Vollmacht, Sie in allen Angelegenheiten des Bundes zu vertreten, selbstverständlich unter Mitwirkung des 1. Stellvertreter des Reichsführers Pg. Dr. C. Heile.

Mit herzlichem Gruß und Gitter-Gruß

Ihr sehr ergebener

gr. Wilhelm Kube,

Schirmherr des Bundes Deutscher Osten.

Ich danke meinem verehrten Gauleiter Wilhelm Kube, dem Schirmherrn des BVO, herzlich für seine so freundlichen Worte und Wünsche und begrüße es mit besonderem Dank, daß er seinen Mitarbeiter im Gau Kurmark, den mit seit 20 Jahren in Arbeitskameradschaft und Freundschaft verbundenen ostdeutschen Dichter und Schriftsteller Pg. Wilhelm Müller-Rühendorf in die allererweiterte Bundesführung berufen hat. Ich bin überzeugt, daß alle Mitglieder des BVO zu ihm in derselben Treue stehen werden, in der sie mit Pg. Dr. C. Heile und mir verbunden sind.

Heil Hitler!

Dr. Franz Eubcke.

Der Oberste SA-Führer hat unter dem 9. Januar in einem Schreiben an die Bundesführung des Bundes Deutscher Osten bekanntgegeben:

„Auf das Schreiben vom 11. Dezember 1933 teile ich mit, daß der Bund Deutscher Osten nicht als ein politischer Klub anzusehen ist, zu dem die Zugehörigkeit für die der Obersten SA-Führung unterstellten Gliederungen verboten ist. Gegen den Beitritt von Angehörigen der SA zum Bund Deutscher Osten ist nichts einzuwenden.“

Buchbesprechung.

Die unsterbliche Königin. Von Ellis v. Hollander-Deffoss. Verlag E. W. Semann, Leipzig, 355 S. Geb. Preis 4,50 RM. — Wie Friedrich der Große im Herzen eines jeden Deutschen fortleben wird, so ist es Vailé, Königin von Preußen, unter den Frauen, die unserem Herzen und unserer Zeit besonders nahebleibt. Ellis v. Hollander-Deffoss führt uns mit ihrem Buch „Die unsterbliche Königin“ nicht nur das Leben dieser so berühmten Herrscherin vor Augen, sondern auch das Leben eines nie ermüdeten tiefen Einblick in das Wesen dieser mit Recht so bewunderten Königin. Schön und gut, gereift durch das unendliche Leid, eine vorbildliche Mutter, die kluge Ratgeberin ihres Volkes und ihrem Volke jenseitig verbunden, so steht sie vor unsern Augen, diese einmalige Frau. C. Ch.

6 v. H. Reichsschulbuchforderungen.

Die Karte der Reichsschulbuchforderungen haben sich in den letzten Wochen unendlich vermehrt. Es ist stark auch der jüngere Jahrgang nicht mehr nach dem Ausgabensort der Schulbuchforderungen entfernt sind, ist auch nicht mit einem geringen Ausmaß zu rechnen. (Es größere Erörterung kann u. G. nur durch eine besondere Behandlung der Buchforderungen unter Umständen eintreten. Am 24. Januar wurden folgende unsterbliche Verkaufszahlen genannt:

	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
1934	960 1/2	160 1/2	1509	95	30 1/2				
1935	100 1/2	10	1340	96	30 1/2				
1936	90	160 1/2	1341	96	30 1/2				
1937	90 1/2	160 1/2	1342	96	30 1/2				
1938	97	160 1/2	1343	96	30 1/2				

Wiederanfangsdatum: 1933 bis 1934 v. H., 1934 bis 1935 v. H.

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 5. Kl. Ziehung: vom 8. Febr. bis 14. März 1934

Zu haben bei **Staatl. Lotterie-Einnehmer Berlin W 35, Potsdamer Str. 116a**
Ecke Lützowstraße. Tel. B 2 Lützow 3686.
früher in Katowitz, O.-S.

Siwinna,

Hausgrundstück

in **Hüfienwalde-Sprez.** 4 Zimmer, Bad, ausgeh. Maniarbe, (2 Zimmer und Küche) mit gr. Garten, moll. Stellung (i. Herrhaff), Aufahrt, postf. für Tierarz, Bahnnetz usw., für 18000 RM.
zu verkaufen.
Anfragen unt. 3054 a d. „Ostland“ erbeten.

Beachtet

die Anzeigen
im „Ostland“

Sieben erscheint: **Das Grundlauebuch zur neuen Ostpolitik**

Georg Kleinow

Der Verlust der Ostmark

Gangneben RM 7.20

Was will das Buch?

Es stellt zum ersten Male zusammenfassend in geschichtlicher Zusammenhang den letzten Akt der Ostmarkaufhebung dar. Neben an die Vorgänge in den Provinzen sind dessen Folgen, die die vorhergehenden Schritte schon bereits erzwungen und befehle, werden die bedeutende Schläge für die Ostmarken und Ostmarkenbesitzer in neuer aufbauender Ostpolitik. Die Ostmarken sind die Ostmarken (einstufigen Zusammenbau von Ostmarken und Ostmarken) erzwungen, die Ostmarken der Ostmarken (einstufigen Zusammenbau von Ostmarken und Ostmarken) erzwungen, die Ostmarken der Ostmarken (einstufigen Zusammenbau von Ostmarken und Ostmarken) erzwungen.

Handeltliche Einzelbeispiele kostenlos lieferbar

Ostmärkische Verlagsbuchhandlung Max Cuthy
Torgau a. E. Markt 5 Vollschiedfonto Leipzig 96276

Ostmärker
Preisfreit

Glänzende Existenzen!

Anzahlung RM.

Mühlengrößt. b. Malchin (Meckl.), 3 Bauflächen:	
a) Mühlengrößt., b) Rabenweg, c) Wohnhaus:	
Zimmer, Küche, Speisekammer, Bodenraum	15 000
Rolle- u. Biergeliegenschaft b. Sollen (Sellen günstige Gelegenheit)	10 000
Wohn- u. Geschäftsrößt. m. Bierertrag u. Sauer- koffelfabrik i. bek. Stadt d. Prov. Sachsen	n. Vereinb.
Vandhaus-Billa i. d. Sächs. Vaulst. als Vahelst. od. Stremdenpan. i. Sommer u. Winter gleich geeignet	15 000
Wohn- u. Geschäftshaus i. bek. Baderst. d. Provinz Sachsen	11 000
Café-Restaur. i. Sanktst. a. M. (Leutl. auch zu verpachten m. eig. Konditorei, kalt. Bäckst., Bier- kchen, Speise-Restaur. u. Zigarettenkiosk (im ganzen od. geteilt verkäuflich)	n. Vereinb.
Vandhaus-Billa mit od. ohne Obflgärten i. d. Sächs. Vaulst. (Als Ganzes od. geteilt verkäuflich) Idealer Vahelst.	Preis:
	30-34 500
Villengrößt. (Preisst.) i. bek. Ostseebad Rabe Crepion (Regg)	20 000
Reinhaus a. d. Peripherie n. Dresden (Seit. Ge- legenheit i. Existenzgründung)	30 000
Restaur.-Größt. m. Kolonialwarenhandl. b. Finken- walde (St. Rationalsozialist)	10 000
Villengrößt. i. Oubin (Vaul. Gebirge)	20 000
Geschäftsrößt. m. Koblen- u. Kartoffelhandl. i. d. Grenzmart. Rabe Steinau (Oder)	25 000
Verderntabrik i. d. Niederlaus., Rabe Kottbus. Wahlberechtigter Betrieb	50 000
„Waldr.“ 50 km vor Berlin, hervorragend ge- eignet zur Errichtung eines Sanatoriums, Er- holungsheimes f. Angestellte, Entbindungsheimes, Hotels oder Pensionshauses oder dergl.	17 250
Preis: 1,50 RM. pro qm =	
Wohn- u. Geschäftshaus m. flottgeb. Herren-Unt. Geschäft i. leb. Stadt 50 km vor Berlin (Vor- ortverkehr) (Solbrigel)	24 000
Vandhaus-Billa i. d. bek. Solbad Rößen (Als Pri- vatst.) auch zur Einrichtung als Schulungsheim, Kinderheim (u. geeignet)	19 000
Villengrößt. (Jagdhaus) i. d. Dübener Heide	20 000
Mahl- u. Mühlmühle u. Schälerei (5 Co. Tagesliq.) u. zugehörigem Wohnhaus i. bedeut. Stadt d. Niederlaus. Im ganzen od. geteilt verkäuflich	n. Vereinb.
Einfam-Billa i. Vandhausst. a. d. Peripherie d. Sächs. Haupt- u. Residenzstadt Dresden	20-25 000
Villengrößt. i. bek. Ostseebad (Auser als Vahelst.) auch zur Einricht. als Pension od. dergl. geeignet	19 000
Wohnhaus i. Zentr. d. Stadt Dresden (hervor- ragend geeignet auch als Papperehaus f. Industrie- u. Handels-Zwecke)	n. Vereinb.
Konzerthall (weltstädtlich) i. Frankfurt a. M. (Glän- z. Existenz)	30 000
Ein- bis Zweifam-Billa i. d. bekannt. Luftkurort Strauberg b. Berlin	18 000
Vandhausst. nahe Berlin (Bauflächen: a) Wohn- haus, b) Stallgeb., c) Scheune, d) vier Arbeiter- Wohnhäuser	n. Vereinb.
Wohn- u. Geschäftshaus m. ausgeh. Gemischtwaren- handel i. d. Rabe v. Bamberg	15 000
Hotel- u. Restaurat.-Größt. m. Saal i. Görlitz, i. Ergebn. d. Grundstückes: 7 Aden	Preis:
	125 000
Sabrikgrößt. m. Wohnvilla i. bedeut. Industriest. Sprengung	70-80 000
Billa in Berlin-Reinickendorf, 9 Zimmer, Seiten- gebäude 2 Zimmer	40 000
Wohn- u. Fabrikationsgebäude i. Rürnberg	40-50 000

Bild-Prospekte kostenlos durch:

Koch & Co., Berlin W 35, Dörnbergstr. 1, Tel. B 21 Lützow 933

BESUCHT DIE Ausstellung

Der Osten — das deutsche

Schicksalsland

Berlin N 54, Lothringer Straße 1
Röhe Hofst.-Wessel-Platz.
(Fernruf D 2 Weidendamm 9730/31.)

Geöffnet täglich von 10 bis 20 Uhr. Eintritt 0,20 RM.

Jungeselle

Vandwirt, 33 Jahre alt, evang.,
mit 5000 RM. Vermögen u. vollst.
2-Zimmer-Einrichtung, wünscht
Eintritt in Landwirtschaft oder
Dame mit entsprechend. Vermögen
(weds Gründung einer eigenen
Erläut. kennenzulernen.

Bermittl. d. Verwandte angenehm.
Zufr. unt. 3057 a. das Ostland erb.

Die Beleidigungen

in meinem Brief vom 5. I. 1934
gegen den früheren Mühlensbesitzer
R. Künftig aus Karczewo, Kreis
Tuchel, nehme ich hiermit zurück
Weine Behauptungen waren un-
wahr.
Belgard a. Per., Burgstr. 3
Hermann Epstithoer,
früher poln. Cetyn, Kreis. Tuchel

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.

Berlin W 30, Mohrstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

**6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung**

Vermittlung von Versicherungen j. Art

**Beratung in Vermögensanlagen
und allen Kreditangelegenheiten**

Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte